

ifo Dresden berichtet

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Beate Grundig und Carsten Pohl*
Auswirkungen des demographischen Wandels
auf den Arbeitsmarkt in Sachsen
- *David Audretsch, Erik Lehmann
und Susanne Warning*
Universitäten als regionale Förderer der Wirtschaft?
- *Wolfgang Nierhaus*
Deutsche Konjunkturperspektiven 2004/2005

Im Blickpunkt

- *Claudia Kriehn*
Unternehmensgründungen in Deutschland



11. Jahrgang (2004)

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: (03 51)26 47 60, Telefax: (03 51)2 64 76 20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Michael Berlemann

Technische Leitung: Katrin Eitner

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 3/2004

Editorial

Neuerungen in der ifo Niederlassung Dresden

3

Michael Berlemann und Marcel Thum

Als neues Geschäftsführerteam möchten wir das Editorial dieser Ausgabe dazu nutzen, um Sie über einige Neuerungen in der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung zu informieren. Diese Neuerungen betreffen die Aufgabengebiete der Niederlassung, die neue Corporate Identity mit dem Sachsen-grünen ifo-Dresden-Logo, unseren Internetauftritt, insbesondere aber unsere neu gestaltete Publikation „ifo Dresden berichtet“.

Aktuelle Forschungsergebnisse

Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt in Sachsen – Analyse und Gegenstrategien

5

Beate Grundig und Carsten Pohl

Mittels einer Status-Quo-Prognose werden die Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt in Sachsen untersucht. Danach könnte bei den hoch qualifizierten Erwerbspersonen bereits in naher Zukunft eine Arbeitskräfteknappheit eintreten. Selektive Zuwanderung, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sowie die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung unter hoch qualifizierten Frauen (mit Kindern) könnten dazu beitragen, den Mangel zu verringern. Langfristig muss jedoch verstärkt die Bildung von hoch qualifiziertem Humankapital im Freistaat gefördert werden.

Universitäten als regionale Förderer der Wirtschaft?

18

David Audretsch und Erik Lehmann

In diesem Beitrag werden mögliche Einflussfaktoren auf die Standortentscheidung von Unternehmen in der Umgebung von Universitäten aufgezeigt. Dabei wird auf Studien zurückgegriffen, die anhand der am Neuen Markt gelisteten Unternehmen durchgeführt wurden. Als wesentliche Einflussfaktoren auf die Ansiedlung von Unternehmen in räumlicher Nähe zu Universitäten erweisen sich die Anzahl der Studenten sowie die Forschungsleistungen, vor allem im Bereich der Naturwissenschaften. Zudem macht sich für Unternehmen die räumliche Nähe zu einer forschungsintensiven Universität längerfristig in einer überdurchschnittlichen Entwicklung am Aktienmarkt bezahlt.

Deutsche Konjunkturperspektiven 2004/2005: Nur allmähliche Belebung

24

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Die deutsche Wirtschaft löst sich langsam aus der Stagnation. Nach der Frühjahrsprognose der Forschungsinstitute wird sich der Anstieg der Produktion in diesem Jahr jedoch nur allmählich beschleunigen; im kommenden Jahr wird sich das Expansionstempo nicht weiter erhöhen. In beiden Jahren ist mit einer Wachstumsrate von 1,5 % zu rechnen. In Ostdeutschland wird die gesamtwirtschaftliche Aktivität in diesem Jahr mit 1,3 % etwas langsamer als in Westdeutschland ausgeweitet. Im Zuge der Belebung der Inlandsnachfrage dürfte das Wachstumstempo in Ostdeutschland im kommenden Jahr mit dem im Westen gleichziehen.

IM BLICKPUNKT

Unternehmensgründungen in Deutschland – bürokratische Spießrutenläufe?	31
<i>Claudia Kriehn</i>	

Einer aktuellen Studie der Weltbank zufolge dauert die Gründung einer GmbH in Deutschland 45 Tage und damit elfmal so lange wie beim europäischen Spitzenreiter Dänemark. In diesem Beitrag werden die Methode und ausgewählte Ergebnisse der Studie vorgestellt. Anschließend wird der Frage nachgegangen, ob das schlechte Abschneiden Deutschlands die wahren Verhältnisse hierzulande adäquat widerspiegelt.

DATEN UND PROGNOSEN

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich	35
<i>Beate Grundig</i>	
Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest	37
<i>Gerit Vogt</i>	

AUS DER ifo WERKSTATT

ifo Veranstaltungen	41
ifo Vorträge	41
ifo Veröffentlichungen	42

Neuerungen in der ifo Niederlassung Dresden

Michael Berlemann und Marcel Thum

Als neues Geschäftsführerteam möchten wir das Editorial dieser Ausgabe dazu nutzen, Sie über einige Neuerungen in der Niederlassung Dresden des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung zu informieren. Diese Neuerungen betreffen die Aufgabengebiete der Niederlassung, die neue Corporate Identity mit dem Sachsen-grünen ifo-Dresden-Logo, unseren Internetauftritt, insbesondere aber unsere neu gestaltete Publikation „ifo Dresden berichtet“.

Die ifo Niederlassung Dresden liefert seit gut zehn Jahren Analysen und Prognosen zum Wirtschaftsgeschehen in Sachsen und Ostdeutschland. In diesen zehn Jahren sind (zum Teil) neue Probleme in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Daher erschien eine Überarbeitung der Aufgabengebiete sinnvoll und notwendig. Insbesondere der Bereich „Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Sachsen und den neuen Ländern“ hat erheblich an Bedeutung gewonnen und wurde daher zusätzlich in den Aufgabenkatalog aufgenommen. Die zentralen Forschungsschwerpunkte der Niederlassung Dresden sind in Zukunft:

- Konjunktur und Wachstum in Sachsen und den neuen Ländern,
- Humankapital, Strukturwandel und die Position Sachsens und der neuen Länder im Standortwettbewerb,
- Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Sachsen und den neuen Ländern,
- EU-Osterweiterung und Transformation,
- Öffentliche Finanzen und Wirtschaftsförderung in Sachsen.

Um den starken Bezug zu Sachsen deutlich zu machen und die Corporate Identity der Niederlassung zu signalisieren, wird die Niederlassung in Zukunft unter einem Sachsen-grünen ifo-Logo auftreten. An der institutionellen Einbindung in das ifo Institut für Wirtschaftsforschung München e.V. und der engen inhaltlichen Zusammenarbeit ändert sich nichts.

Weiterhin haben wir den Zugriff auf die Internetseiten der Niederlassung Dresden vereinfacht. Ab sofort sind die Seiten einfach über <http://www.ifo-dresden.de> erreichbar. Die Internetseiten selbst sind derzeit noch in Überarbeitung, werden in Zukunft aber übersichtlicher, aktueller und noch informativer sein. Für Hinweise bezüglich der Erweiterung unseres Internet-Angebots sind wir jederzeit dankbar.

Schließlich haben wir uns nach zehn Jahrgängen „ifo Dresden berichtet“ entschlossen, die von der Niederlassung Dresden seit Frühjahr 1994 herausgegebene Zeitschrift mit einem neuen, moderneren Design zu versehen. Der neue Umschlag wird jetzt von einer Silhouette Dresdens verziert und trägt das neue grüne ifo-Dresden-Logo. Auf dem Umschlag finden sich zudem die Titel und Autoren der wichtigsten Beiträge der jeweiligen Ausgabe. Darüber hinaus haben wir uns entschlossen, auch beim Textteil zu zweifarbigen Druck (grün-schwarz) überzugehen, um so die graphischen Darstellungsmöglichkeiten und die Übersichtlichkeit zu verbessern. Die Zeitschrift wird weiterhin zweimonatlich erscheinen. Trotz der verbesserten Qualität werden wir an den bisherigen Abonnements- und Einzelausgaben-Preisen festhalten.

Auch inhaltlich gibt es einige Änderungen. Ein Editorial wird es in Zukunft nur noch zu besonderen Anlässen geben. Unter der Rubrik „Aktuelle Forschungsergebnisse“ erscheinen vorrangig Berichte über laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte der Niederlassung Dresden. Artikel über Projekte des ifo Stammhauses in München mit Bezug zu Sachsen oder Ostdeutschland werden ebenfalls hier publiziert. Daneben werden wir weiterhin Beiträge von Gastautoren zu ostdeutschen und sächsischen Themen abdrucken. Die Redaktion von „ifo Dresden berichtet“ freut sich jederzeit über Angebote für solche Artikel. Unter der Rubrik „Im Blickpunkt“ greifen wir zukünftig aktuelle Themen auf und stellen Ihnen interessante Fakten und Zahlen aus dem Wirtschaftsgeschehen vor.

Die Rubrik „Daten und Prognosen“ liefert in Zukunft regelmäßig in komprimierter Form die Eckdaten des sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarktes sowie die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests für Ostdeutschland und Sachsen. Diese Rubrik hat also zum Ziel, dem Leser einen schnellen Überblick über die aktuellen Zahlen zu geben. Bedeutende Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt werden in entsprechenden Artikeln unter der Rubrik „Aktuelle Forschungsergebnisse“ ausführlich beschrieben und analysiert. Eine Kommentierung der Ergebnisse des Konjunkturtests und eine Prognose der zukünftigen Entwicklung erfolgt in regelmäßigem Turnus ebenfalls unter der Rubrik „Aktuelle Forschungsergebnisse“. Die altbewährte Rubrik „Aus der ifo Werkstatt“, in der über Neuigkeiten aus der Niederlassung berichtet wird, bleibt unverändert.

Wir hoffen mit diesen Neuerungen einerseits die bewährten Traditionen erfolgreich weiterführen zu können, andererseits aber auch einige neue Impulse setzen zu können.

Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt in Sachsen – Analyse und Gegenstrategien

Beate Grundig und Carsten Pohl¹

Einleitung

Die Auswirkungen des demographischen Wandels werden in den kommenden Jahren auch den Freistaat Sachsen erfassen. Die Bevölkerung wird zwischen den Jahren 2000 und 2020 um über 15 % zurückgehen. Gleichzeitig steigt das Durchschnittsalter der Bevölkerung um sechs Jahre auf 49 Jahre an. Die Ursachen hierfür sind in den hohen Abwanderungszahlen von jungen Menschen, in den niedrigen Geburtenraten Anfang der neunziger Jahre und in der steigenden Lebenserwartung zu sehen. In diesem Beitrag wird untersucht, welche Auswirkungen diese Entwicklungen auf den Arbeitsmarkt in Sachsen haben und inwieweit die Politik den bevorstehenden Herausforderungen begegnen kann.²

Im ersten Teil des Beitrags werden die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf den Arbeitsmarkt in einer Status-Quo-Prognose untersucht und quantifiziert. Da schon heute das Ausbildungsniveau einen wesentlichen Erfolgsfaktor auf dem Arbeitsmarkt darstellt, wird bei der Beschäftigungsentwicklung zwischen qualifikationsspezifischen Teilarbeitsmärkten unterschieden. Für hoch qualifizierte Erwerbspersonen könnte bereits in naher Zukunft eine Arbeitskräfteknappheit eintreten, während die Arbeitslosigkeit bei den Geringqualifizierten dauerhaft auf hohem Niveau verbleibt. Im zweiten Teil wird die künftige Beschäftigtenlücke unter den Hochqualifizierten als Ausgangspunkt genommen, um verschiedene Anpassungsmaßnahmen, welche dem Verlust an Humankapital entgegenwirken, aufzuzeigen.

Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit

Um die Auswirkungen des demographischen Wandels auf Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage zu untersuchen, wird zwischen Teilarbeitsmärkten differenziert. Im Folgenden unterscheiden wir sowohl beim Arbeitsangebot als auch bei der Arbeitsnachfrage nach Personen „ohne Berufsabschluss“, „mit Berufsabschluss“ und „mit Hochschulabschluss“. Dass diese Unterscheidung zweckmäßig ist, zeigt ein Blick auf die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten in Abbildung 1.

Die Arbeitslosenquoten der Erwerbspersonen mit Hochschulabschluss sind sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern gering. Bei denjenigen mit Berufsabschluss ist der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland bereits größer und im Vergleich zu den Hochqualifizierten auch jeweils höher. Am höchsten fällt jedoch die Arbeitslosigkeit unter den Geringqualifizierten aus: In den neuen Bundesländern beläuft sich die Quote auf knapp 50 %, d. h. jeder zweite in dieser Gruppe ist ohne Arbeit. Offizielle Angaben für die einzelnen Bundesländer liegen nicht vor, eigene Berechnungen für Sachsen haben jedoch gezeigt, dass die ermittelten sächsischen qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten sich mit den hier verwendeten ostdeutschen Zahlen von REINBERG UND HUMMEL (2003) decken.

Zukünftige Entwicklung des Arbeitsangebotes und der Arbeitsnachfrage nach Qualifikationen

Um die Beschäftigungsentwicklung im Freistaat Sachsen abschätzen zu können, müssen zunächst Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage prognostiziert werden.

Grundlage für die Berechnung des zukünftigen Arbeitsangebotes bildet die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen bis zum Jahr 2020.³ In einer Status-Quo-Projektion werden die gegenwärtigen altersspezifischen Erwerbsquoten konstant gehalten und mit der Bevölkerungsentwicklung verknüpft. Danach wird die Zahl der Erwerbspersonen im Alter von 15–64 Jahren bis zum Ende der nächsten Dekade um rund 22 % zurückgehen (vgl. Abb. 2).

Die Verteilung des Arbeitskräfteangebotes auf die drei Qualifikationsniveaus wurde bis zum Jahr 2020 als konstant

¹ Beate Grundig und Carsten Pohl sind wissenschaftliche Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden.

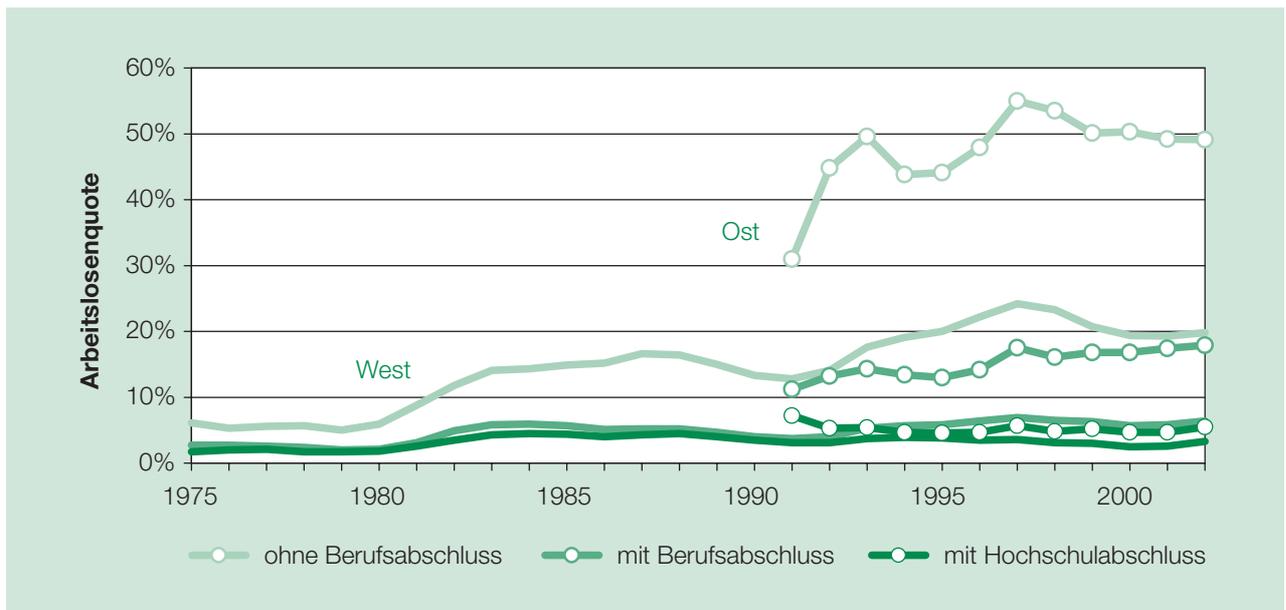
² Dieser Beitrag basiert im Wesentlichen auf einem Gutachten, welches die Dresdner Niederlassung des ifo Institutes für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei (vom November 2003 bis April 2004) erstellt hat. Die Ergebnisse der Untersuchung werden als „ifo dresden studie 36“ veröffentlicht.

³ Die hier zugrunde liegende Bevölkerungsvorausberechnung ist die Variante 1 der 3. Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen aus dem Jahr 2003 (vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2003a)).

unterstellt, sodass es in jeder Teilgruppe zu einem in Relation gleichen Rückgang des Arbeitsangebotes kommt. Allerdings lassen sich allein aus dieser Entwicklung noch keine Rückschlüsse auf die bevorstehenden Probleme des sächsischen Arbeitsmarktes ziehen. Erst durch die Zusammenführung von qualifikationsspezifischem Angebot und Nachfrage können Aussagen über möglicherweise auftretende Engpässe in dem jeweiligen Arbeitsmarktsegment getroffen werden.

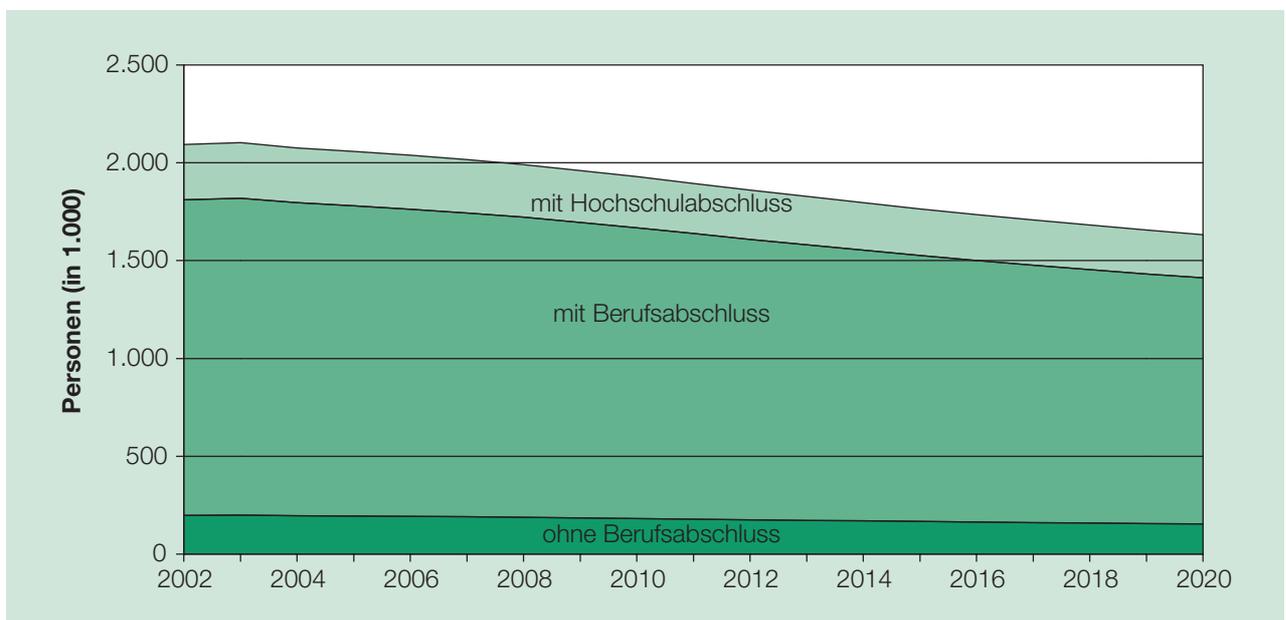
Daher wird in einem nächsten Schritt die zukünftige Entwicklung der Arbeitsnachfrage berechnet. Die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften wird in erster Linie durch den technologischen Fortschritt, die Lohnentwicklung sowie den demographischen Wandel beeinflusst. Darüber hinaus wirken sich konjunkturelle und weltwirtschaftliche Entwicklungen sowie die Umlenkung von Kapitalströmen infolge der EU-Osterweiterung auf die Arbeitsnachfrage aus, sodass deren Prognose im Vergleich

Abbildung 1: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten



Quelle: Reinberg und Hummel (2003).

Abbildung 2: Arbeitsangebot nach Qualifikationen



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2003a, 2003b), Berechnungen des ifo Instituts.

zum Arbeitsangebot mit größeren Unwägbarkeiten verbunden ist.⁴

Zur Ermittlung der Arbeitsnachfrage im Basisjahr wird die Zahl der Erwerbspersonen aus dem Mikrozensus 2002 mit den qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten multipliziert, um die Beschäftigungslücke zu erhalten. Diese gibt an, inwiefern das Arbeitsangebot die Arbeitsnachfrage übersteigt. Für die zukünftige Entwicklung der Arbeitsnachfrage sind nun der technologische Fortschritt und die Lohnentwicklung von entscheidender Bedeutung. Prinzipiell gilt, dass sich durch technologischen Fortschritt die Produktivität der Beschäftigten erhöht, sodass bei gegebenen Löhnen die Arbeitsnachfrage steigt und es zu einem Beschäftigungsanstieg kommen würde. Allerdings tritt dieser positive Beschäftigungseffekt nicht ein, wenn die Löhne in gleichem Ausmaß wie die Produktivität zunehmen, da in diesem Fall die Produktivitätsgewinne durch die Lohnerhöhungen aufgezehrt würden. Deshalb wurde bei den Berechnungen realistischere unterstellt, dass die Arbeitnehmer über eine Lohnerhöhung am technologischen Fortschritt partizipieren, der Lohnzuwachs jedoch geringer ausfällt als der Produktivitätsanstieg.⁵ Mit anderen Worten wirkt sich die höhere Arbeitsnachfrage auch positiv auf die Beschäftigung aus.

In Sachsen lag der durchschnittliche Produktivitätsanstieg in den Jahren 1996 bis 2002 über alle Qualifikationsniveaus bei 0,66%.⁶ Allerdings muss auch hier zwischen den einzelnen Qualifikationsniveaus unterschieden werden, da der technische Wandel die Produktivitäten zugunsten der Hochqualifizierten verschiebt, wie die „Directed Technical Change“-Literatur zeigt. Für die Hochqualifizierten wurden daher mit 1,35% die höchsten Produktivitätszuwächse angenommen. Für Personen mit Berufsabschluss beläuft sich der Zuwachs auf 0,6%, während für Personen ohne Berufsabschluss kein Produktivitätszuwachs unterstellt wurde. Diese Annahmen implizieren zugleich, dass – bei konstanten Löhnen – der technologische Fortschritt sich in einer zunehmenden Nachfrage nach (hoch) qualifizierten Arbeitnehmern niederschlägt, während die Nachfrage nach Geringqualifizierten konstant bleibt.⁷

Die Beschäftigungsentwicklung in Sachsen bis 2020

Um die Auswirkungen des demographischen Wandels auf den sächsischen Arbeitsmarkt aufzuzeigen, werden nun das prognostizierte Arbeitsangebot und die Arbeitsnachfrage zusammengeführt. Es steht insbesondere die Frage im Vordergrund, ob und zu welchen Zeitpunkten

für die verschiedenen Qualifikationsniveaus das Arbeitsangebot nicht mehr zur Deckung der Arbeitsnachfrage ausreichen wird. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass Erwerbspersonen mit unterschiedlichen Qualifikationsniveaus nicht perfekt substituierbar sind, so dass auf einem Teilarbeitsmarkt ein Mangel auftreten kann, während auf einem anderen Teilarbeitsmarkt weiterhin hohe Arbeitslosigkeit vorherrscht.

Bei den Erwerbspersonen mit Hochschulabschluss könnte sich die Beschäftigungslücke unter den getroffenen Annahmen bereits im Jahr 2007 schließen (vgl. Abb. 3).⁸ Mit anderen Worten würde die Erwerbslosenquote spätestens zu diesem Zeitpunkt einen Wert von Null annehmen. Diese Situation wäre unrealistisch, da selbst bei einer effizient funktionierenden Arbeitsvermittlung immer frktionelle Arbeitslosigkeit existiert. Daher wird nachfolgend von einer hypothetischen Erwerbslosigkeit gesprochen. Diese Lücke beschreibt das quantitative Ausmaß zwischen der maximal möglichen Beschäftigung und dem tatsächlich verfügbaren Arbeitskräfteangebot. Das hypothetische Defizit nimmt aufgrund des demographischen Wandels im Zeitverlauf zu und beläuft sich im Jahr 2010 bereits auf rund 11.000 hoch qualifizierte Erwerbspersonen. Sofern keine Maßnahmen getroffen werden, würde dieses Defizit im Jahr 2020 auf insgesamt 51.000 fehlende Hochqualifizierte ansteigen. Ein unzureichendes Angebot an (hoch) qualifizierten Arbeitskräften würde sich jedoch negativ auf die Attraktivität Sachsens als Investitions- bzw. Wirtschaftsstandort auswirken, sodass Handlungsbedarf seitens der politischen Entscheidungsträger besteht.

Bei den Personen mit Berufsabschluss würde sich die Lücke erst im Jahr 2015 schließen, während der demo-

⁴ Die Prognose der Arbeitsnachfrage ist ebenfalls eine reine Status-Quo-Projektion, die von den gegenwärtigen Arbeitsmarktstrukturen ausgeht. Die Effekte möglicher zukünftiger Reformmaßnahmen werden in den Berechnungen nicht berücksichtigt.

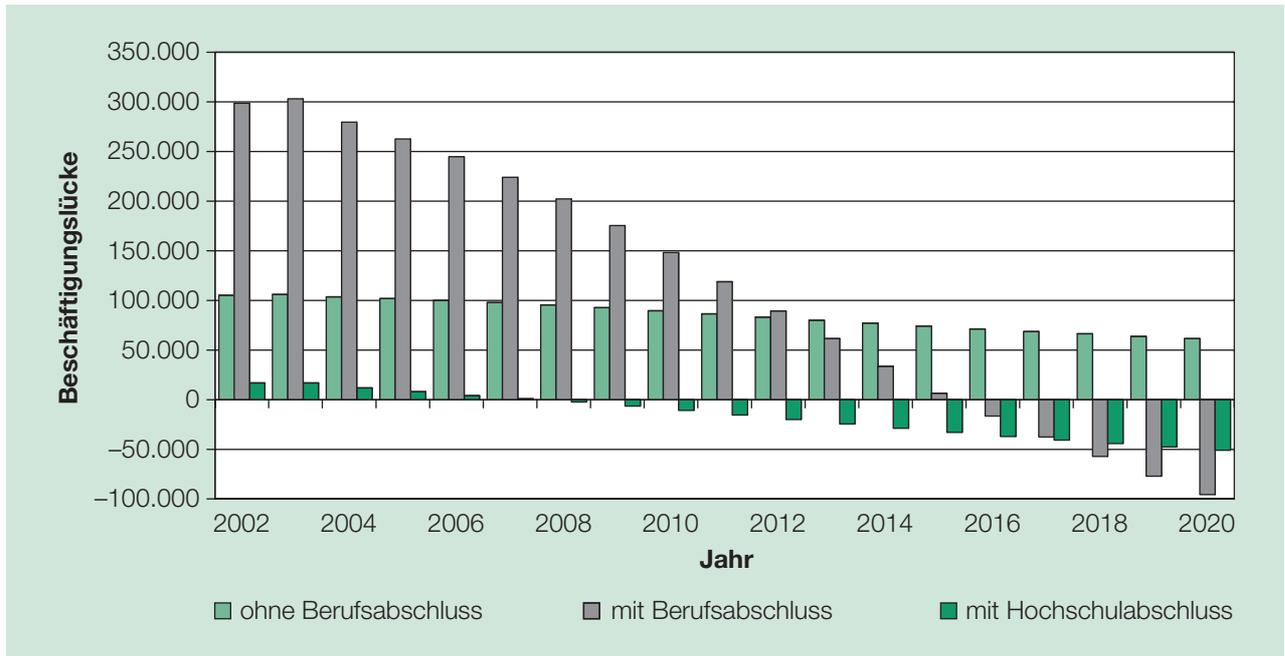
⁵ Dieser so genannte „Rent Sharing“-Effekt tritt auch in Ländern mit nur geringer Gewerkschaftsmacht am Arbeitsmarkt auf (vgl. hierzu BLANCHFLOWER, OSWALD und SANFEY (1996) für die USA und HILDRETH und OSWALD (1997) für Großbritannien).

⁶ Berechnet wurde der Produktivitätsanstieg aus dem durchschnittlichen Wachstum der Bruttowertschöpfung (in Preisen von 1995) je Erwerbstätigem abzüglich der Lohnentwicklung. Letztere wurde mit Hilfe einer unterstellten Arbeitsnachfrageelastizität von -0,75 und der durchschnittlichen Beschäftigungsentwicklung zwischen 1996 und 2002 ermittelt.

⁷ Diese Annahmen stimmen in der Tendenz mit den Ergebnissen der IAB-Prognos-Studie aus dem Jahr 2002 überein. Danach wird sich der Anteil der Erwerbstätigen, die hoch qualifizierte Tätigkeiten bzw. Fach Tätigkeiten mit Führungsaufgaben wahrnehmen, von 35% auf über 40% bis zum Jahr 2010 erhöhen. Gleichzeitig wird sich der entsprechende Anteil der Geringqualifizierten an den Erwerbstätigen von 36% auf 29% verringern (vgl. REINBERG und HUMMEL (2002)).

⁸ Da über die tatsächliche zukünftige Lohnentwicklung in Sachsen Unsicherheit besteht, wurde eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt. Dabei zeigte sich, dass die qualitativen Ergebnisse unverändert blieben.

Abbildung 3: Beschäftigungslücke nach Qualifikation der Beschäftigten



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

graphische Wandel bei den Geringqualifizierten nicht zu einer Entlastung auf dem Arbeitsmarkt führen wird. Für diesen Personenkreis wird das Arbeitsangebot die Arbeitsnachfrage auch gegen Ende des Prognosehorizonts deutlich übersteigen. Der demographische Wandel löst keineswegs das Problem der Arbeitslosigkeit von alleine. Vielmehr sind bei den Geringqualifizierten arbeitsmarktspezifische Reformen nötig, um die Beschäftigung zu erhöhen.⁹

Effizienz des Arbeitsmarktes

Die sächsische Bevölkerung bzw. das Angebot an Arbeitskräften nimmt jedoch nicht nur ab, sondern gleichzeitig ändert sich auch deren Altersstruktur.¹⁰ Dieser Alterungsprozess wirkt sich auch auf die Effizienz des Arbeitsmarktes aus. Verschiedene empirische Untersuchungen sind zu dem Ergebnis gekommen, dass ein höherer Anteil von jungen Erwerbstätigen, die aufgrund des Baby Booms in den Arbeitsmarkt eintraten, zu sinkenden Arbeitslosenquoten und höheren Erwerbsquoten führten.¹¹ Dieses Phänomen erklärt sich im Wesentlichen aus der höheren Mobilität der jüngeren Arbeitnehmer im Vergleich zu älteren. Die höhere berufliche und regionale Mobilität führt dazu, dass in Arbeitsmärkten mit einem höheren Anteil an Jungen das Matching zwischen offenen Stellen und arbeitssuchenden Personen effizienter funktioniert, sodass z. B. vakante Stellen schneller wieder besetzt werden können.¹² Die höhere Flexibilität gilt sowohl

für einen Arbeitsplatzwechsel in ein anderes Unternehmen als auch für Veränderungen im eigenen Unternehmen, z. B. bei der Einführung neuer Technologien oder veränderter Unternehmens- und Organisationsstrukturen. Im Umkehrschluss lässt sich für Arbeitsmärkte mit einem höheren Anteil älterer Arbeitnehmer argumentieren, dass die Friktionen negativ auf die Beschäftigung wirken. Der Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt wird durch die zunehmende Immobilität der Arbeitskräfte erschwert.¹³ Daher wird sich zukünftig das Matching-Problem und damit die friktionelle Arbeitslosigkeit verstärken.

Gegenstrategien und Anpassungsmaßnahmen

Zur Vermeidung bzw. zur Verminderung des aufgezeigten Engpasses insbesondere bei den hoch qualifizierten Arbeitnehmern wurden drei Handlungsfelder identifiziert. Erstens wird vor dem Hintergrund der vollzogenen EU-Osterweiterung die Zuwanderung von Hochqualifizierten aus den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL)

⁹ Vgl. hierzu den Vorschlag des ifo Instituts zur „Aktivierenden Sozialhilfe“. Für eine ausführliche Darstellung siehe SINN ET AL. (2002).

¹⁰ Mit diesem Phänomen beschäftigt sich die sog. Cohort-Crowding-Literatur. Dabei wird der Einfluss der veränderten Größe einer Altersgruppe auf die Arbeitslosenquote der eigenen bzw. der übrigen Kohorte(n) untersucht.

¹¹ Vgl. SHIMER (2001) und NORDSTRÖM SKANS (2002).

¹² Vgl. MERTENS (1997) für eine empirische Untersuchung zur Mobilität von Arbeitskräften unterschiedlichen Alters.

¹³ Vgl. ARNDS und BONIN (2002).

näher betrachtet. Zweitens werden Ansatzpunkte aufgezeigt, wie das vorhandene Erwerbspersonenpotenzial in Sachsen aktiviert bzw. ausgeschöpft werden kann, wobei insbesondere die Auswirkungen einer höheren Erwerbsquote bei Frauen und die Verlängerung der Lebensarbeitszeit diskutiert werden. Drittens werden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, wie der Faktor Humankapital am Standort Sachsen gestärkt werden kann.

Zuwanderung

Die Zuwanderung aus dem Ausland stellt eine Möglichkeit dar, um den sich abzeichnenden Mangel an Hochqualifizierten zu verringern. Nach offiziellen Angaben sind in Sachsen gegenwärtig 89.790 ausländische Staatsangehörige ansässig. Dies entspricht einem Anteil von 1,2 % von allen in Deutschland lebenden Ausländern. Da der Anteil Sachsens an der gesamten Bevölkerung in Deutschland 5,3 % beträgt, bedeutet dies, dass im Freistaat unterdurchschnittlich viele Ausländer leben. Einige Nationalitäten sind jedoch überproportional stark in Sachsen vertreten. Beispielsweise leben 8,5 % aller in Deutschland gemeldeten Tschechen und 5,6 % aller Ungarn in Sachsen. Mit 2,4 % sind Polen anteilmäßig zwar deutlich weniger als die beiden vorherigen Nationalitäten vertreten, allerdings liegt ihr Anteil immer noch deutlich über dem Anteil der in Sachsen lebenden Ausländer insgesamt.¹⁴

Die Tatsache, dass bereits heute überdurchschnittlich viele Personen aus einigen neuen EU-Mitgliedsländern im Freistaat leben, ist für zukünftige Wanderungen auch deshalb von hoher Bedeutung, da Netzwerkeffekte in der Migration eine wichtige Rolle spielen.¹⁵ Aufgrund persönlicher Verbindungen zwischen früheren und potenziellen Migranten hat der gegenwärtige Bestand einen wesentlichen Einfluss auf die Wahl der Zielregion der zukünftigen Migranten.¹⁶

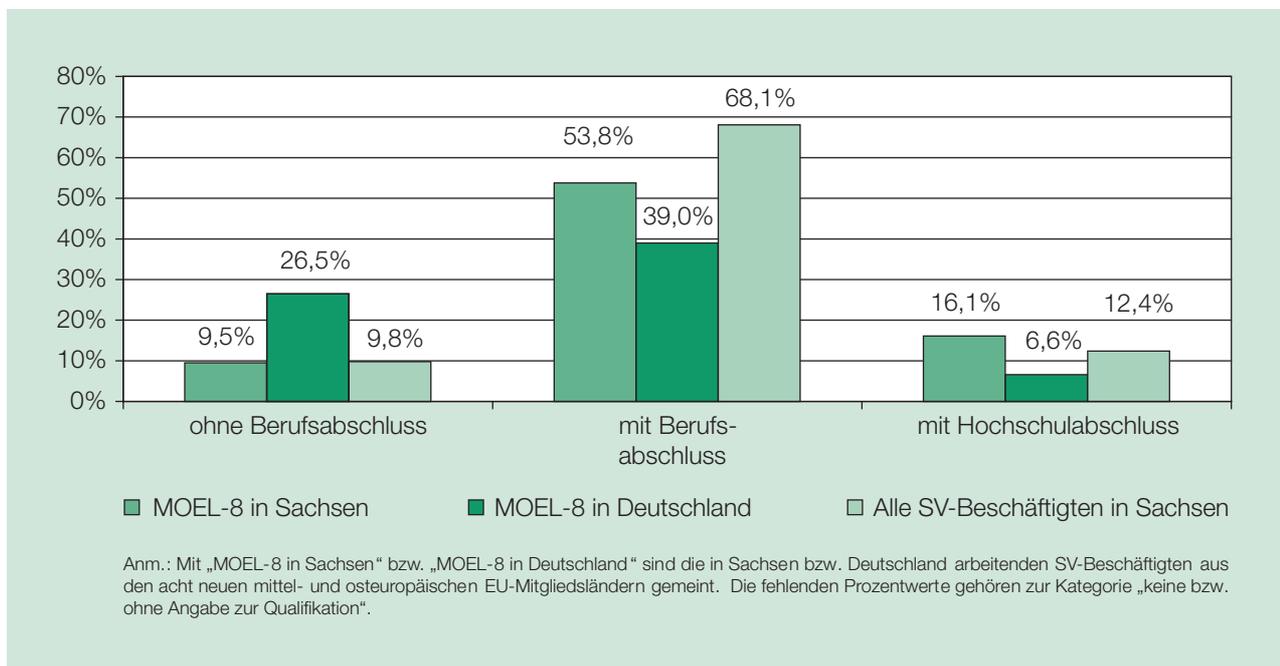
Angesichts des sich abzeichnenden Mangels bei den hoch qualifizierten Arbeitskräften ist der Freistaat Sachsen primär an der Zuwanderung von qualifizierten Erwerbspersonen interessiert. Ein Blick auf die Ausbildungsniveaus der in Sachsen beschäftigten Arbeitskräfte aus den acht neuen EU-Mitgliedsländern macht deutlich, dass sich der Freistaat in einer guten Ausgangslage befindet: Abbildung 4 zeigt, wie sich die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus den MOEL und in Sachsen auf die

¹⁴ Infolge der Verhängung des Kriegsrechts zu Beginn der achtziger Jahre wanderten viele Polen in das Gebiet der damaligen Bundesrepublik ab mit dem Ergebnis, dass noch heute die Mehrheit der polnischen Migranten in den alten Bundesländern ansässig ist.

¹⁵ Vgl. beispielsweise BARTEL (1989), CHISWICK und MILLER (1996), DELÉCHAT (2001) und THUM (2000).

¹⁶ Das Netzwerkargument gilt sowohl für Migranten mit niedriger oder mittlerer Qualifikation als auch für die Hochqualifizierten. Anhand von Fallstudien konnte gezeigt werden, dass bei der Besetzung von Positionen mit hoch qualifizierten ausländischen Arbeitskräften persönliche Verbindungen (Arbeitskollegen, Freunde etc.) einen hohen Stellenwert einnehmen (vgl. MEYER (2001)).

Abbildung 4: Qualifikationsniveau der SV-Beschäftigten (2002)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Qualifikationsniveaus verteilen.¹⁷ Rund 16 % der SV-Beschäftigten aus diesen Ländern verfügen über einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss, während es in Gesamtdeutschland lediglich 6,6 % sind. Auch im Vergleich zu dem Anteil der hoch qualifizierten SV-Beschäftigten in Sachsen insgesamt (12,4 %) treten die Erwerbspersonen aus Mittel- und Osteuropa positiv hervor. Die Migranten aus den östlichen Nachbarländern, die im sächsischen Arbeitsmarkt tätig sind, weisen zumindest formell eine überdurchschnittliche Qualifikation auf.

Das ifo Institut hat unter Verwendung eines ökonometrischen Modells das Migrationspotenzial in den acht neuen mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern für Sachsen geschätzt.¹⁸ Danach würde sich der Bestand der Migranten aus den MOEL-8 in Sachsen bei sofortiger Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit von gegenwärtig 14.000 Personen in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung um 64.000 bis 86.000 Migranten innerhalb von 15 Jahren erhöhen.

Wird von einem optimistischen Zuwanderungsszenario ausgegangen, bei der die Qualifikationsstruktur der zukünftigen Emigranten der der Bevölkerung im Heimatland entspricht, könnten rund 11.500 Hochqualifizierte in Sachsen eine neue Heimat finden.¹⁹ Da sich das Defizit den Berechnungen zufolge im Jahr 2020 auf rund 51.000 fehlende Akademiker belaufen könnte, bedeutet dies, dass Zuwanderung auch im günstigsten Fall nicht ausreichen würde, um den sich abzeichnenden Mangel an Hochqualifizierten im Freistaat zu kompensieren.

In diesem Zusammenhang sollte allerdings nicht vergessen werden, dass für diese Personen die Staatsgrenzen auch geöffnet sein müssen, damit es zu Zuwanderung kommen kann. Nach der gegenwärtigen Gesetzeslage ist aufgrund des 1973 eingeführten Anwerbestopps die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften²⁰ grundsätzlich nicht möglich. Zwar wurden mit der sog. Anwerbestoppausnahmereverordnung (ASAV) verschiedene Ausnahmetatbestände zugelassen, sodass das Instrument der selektiven Zuwanderung von Fachkräften prinzipiell eingesetzt werden könnte. Allerdings sind in der Praxis die Hürden für die Zuwanderung von Hochqualifizierten relativ hoch. Ausländer benötigen für eine Beschäftigung in Deutschland sowohl eine Aufenthaltserlaubnis als auch eine Arbeitsgenehmigung. Einzelne Bundesländer vereinfachten Mitte des Jahres 2000 die Einreisebestimmungen für ausländische Hochqualifizierte unabhängig von der Branchenzugehörigkeit.²¹ Sachsen könnte durch einen entsprechenden Erlass die bürokratischen Hürden für die Einreise von ausländischen Hochqualifizierten ebenfalls verringern.²² Letztendlich entscheidet

jedoch die zuständige Arbeitsagentur über die Arbeitsgenehmigung, sodass eine stärkere Kooperation zwischen dem Land und den lokalen Arbeitsagenturen notwendig ist.²³ Lediglich im IT-Bereich wurde mit der Verordnung über die Arbeitsgenehmigung für hoch qualifizierte ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie (IT-ArGV) im Jahr 2000 eine vereinfachte Regelung für die Beschäftigung von ausländischen hoch qualifizierten Arbeitnehmern geschaffen.

Neben der Anwerbung von hoch qualifizierten Arbeitnehmern aus dem Ausland besteht für die sächsischen Unternehmen prinzipiell die Möglichkeit, die ausländischen Absolventen der sächsischen Universitäten als Nachwuchskräfte zu rekrutieren. Im Wintersemester 2003/04 waren über 8.000 ausländische Studenten in sächsischen (Fach-)Hochschulen eingeschrieben, sodass ein erhebliches Potenzial vorhanden ist. Allerdings wird ausländischen Hochschulabsolventen aus Nicht-EU-Ländern, denen der Aufenthalt ursprünglich für Studienzwecke genehmigt wurde, in der Regel aufgrund des neuen Aufenthaltszwecks (Ausübung einer Erwerbstätigkeit) keine Aufenthaltserlaubnis erteilt. Eine Aufenthaltserlaubnis kann ausländischen Hochschulabsolventen unmittelbar im Anschluss an eine Aufenthaltserlaubnis zu Studienzwecken nur erteilt werden, wenn ein öffentliches Interesse besteht. Hier müsste ebenfalls auf eine großzügigere Vergabe von Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen hingewirkt werden.

¹⁷ Hierbei sollte berücksichtigt werden, dass von den insgesamt 14.000 Ausländern aus den MOEL-8 in Sachsen rund 15 % als SV-Beschäftigte erfasst sind.

¹⁸ Vgl. GERSTENBERGER ET AL. (2004). Das STATISTISCHE LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2003a) hat in seiner 3. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für Sachsen einen Wanderungsüberschuss mit dem Ausland von 220.000 bis 235.000 Personen im Zeitraum 2002–2020 berechnet. Allerdings werden keine Angaben über die einzelnen Herkunftsländer gemacht.

¹⁹ Der Anteil der Hochqualifizierten in der Bevölkerung von 25 bis 64 Jahren schwankt in den acht MOEL zwischen 10,8 und 29,7 %. Das gewichtete arithmetische Mittel beträgt 13,4 %.

²⁰ Für Staatsangehörige aus den alten EU-Staaten besteht Arbeitnehmerfreizügigkeit. Aufgrund einer vereinbarten Übergangsregelung kann Deutschland auf bilateraler Ebene die Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neuen EU-Mitgliedsländer für bis zu sieben Jahre einschränken.

²¹ Die von den Ländern Hessen und Bremen initiierte Bluecard ermöglicht die vereinfachte Visumserteilung für ausländische Hochqualifizierte, sodass die ansonsten vorgeschriebene Beteiligung der Ausländerbehörde vor der Einreise entfällt. Daneben haben auch Bayern und Thüringen eine Bluecard eingeführt. Allerdings beziehen sich deren Regelungen lediglich auf hoch qualifizierte ausländische Arbeitnehmer der IuK-Technologie.

²² Vgl. hierzu den Erlass des HESSISCHEN MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT (2000) vom 5. Juli 2000.

²³ Die örtliche Agentur für Arbeit entscheidet in der Regel über Anträge auf Arbeitslaubnis. Diese werden im Gegensatz zur Arbeitsberechtigung befristet erteilt und sind hinsichtlich des Beschäftigungsbetriebes, des Beschäftigungsortes sowie der Tätigkeit beschränkt (siehe § 285 SGB III und § 1 Arbeitsgenehmigungsverordnung).

Die dargestellten Regelungen für die Zuwanderung nach Deutschland beziehen sich auf das derzeit geltende Recht in Deutschland. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass sich grundlegende Änderungen durch das so genannte Zuwanderungsgesetz ergeben könnten.²⁴ Darin wurden unter anderem Erleichterungen für die Beschäftigung von ausländischen Hochschulabsolventen vereinbart. Tritt das Gesetz in Kraft, können ausländische Studenten, die ihr Studium erfolgreich in Deutschland beendet haben, für bis zu einem Jahr in der Bundesrepublik bleiben, um eine Arbeitsstelle zu suchen. Ferner ist geplant, die Genehmigungsverfahren für Arbeit und Aufenthalt zusammenzulegen, sodass sich die bürokratischen Hürden für die Beschäftigung von Ausländern verringern würden.

Eine de facto Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit stellt für die hoch qualifizierten Arbeitskräfte allerdings auch nur eine notwendige Bedingung für die Zuwanderung dar. Potenzielle Migranten berücksichtigen neben den im Heimatland wirkenden „Push-Faktoren“ auch die im Empfängerland anziehenden „Pull-Faktoren“ in ihrer Wanderungsentscheidung. Dazu zählen einerseits die Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Andererseits spielt die Bereitstellung von öffentlichen Gütern bei der Wahl der Zielregion eine nicht unbedeutende Rolle.

Beispielsweise erwarten hoch qualifizierte Zuwanderer, dass für ihre Kinder entsprechende (Aus-)Bildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und ein attraktives und verkehrsgünstiges Umfeld vorhanden ist.

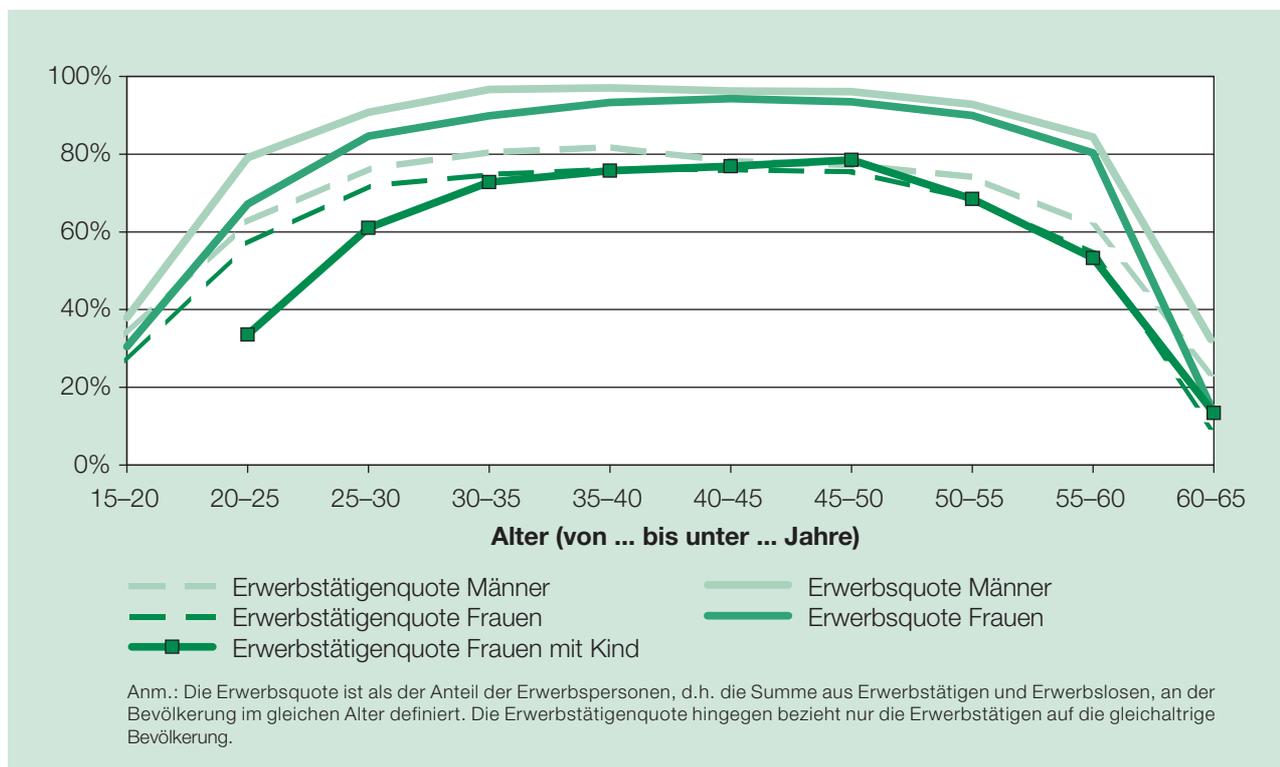
Neben der Zuwanderung existieren weitere Möglichkeiten, den notwendigen Bedarf an Hochqualifizierten über die Aktivierung des in Sachsen vorhandenen Erwerbspersonenpotenzials zu decken. Dazu zählen in erster Linie die hoch qualifizierten Frauen (mit Kindern) sowie die älteren Erwerbspersonen, wie in den nachfolgenden Abschnitten dargelegt wird.

Höhere Erwerbstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern

Eine höhere Erwerbsquote unter den hoch qualifizierten Frauen mit Kindern könnte durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden. Dazu bedarf es in erster Linie einer bedarfsdeckenden und vor allem einer flexiblen Ganztagesbetreuung für die Kinder.

²⁴ BUNDESREGIERUNG (2003).

Abbildung 5: Geschlechts- und altersspezifische Erwerbstätigen- und Erwerbsquoten in Sachsen 2002



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2003b, 2003c), Berechnungen des ifo Instituts.

Die Erwerbstätigkeit junger Mütter ist auch in Sachsen tatsächlich niedriger als im Schnitt über alle Frauen, wie aus Abbildung 5 hervorgeht. Die beiden oberen durchgezogenen Linien geben die altersspezifischen Erwerbsquoten von Männern und Frauen in Sachsen wieder. Der Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit der Frauen ist in Sachsen im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt deutlich höher.²⁵ Zwischen Männern und Frauen bestehen über weite Teile der Altersskala nur geringe Unterschiede hinsichtlich der Erwerbsneigung.

Die beiden gestrichelten Kurven geben mit der Erwerbstätigenquote die tatsächliche Erwerbstätigkeit der Männer und Frauen in Sachsen wieder. Diese liegt sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen ca. 20 Prozentpunkte unter der Erwerbsquote, was die angespannte Arbeitsmarktlage widerspiegelt. Die größte Abweichung nach unten besteht jedoch bei Müttern zwischen 20 und 30 Jahren, d. h. in einem Alter bei dem davon ausgegangen werden kann, dass die Kinder noch klein sind und einer Betreuung bedürfen.

Erwerbsbeteiligung hoch qualifizierter Frauen

Die Berechnungen haben deutlich gemacht, dass die Beschäftigtenlücke zuerst bei den Hochqualifizierten auftreten wird. Aus diesem Grund wird ermittelt, wie viel bis-

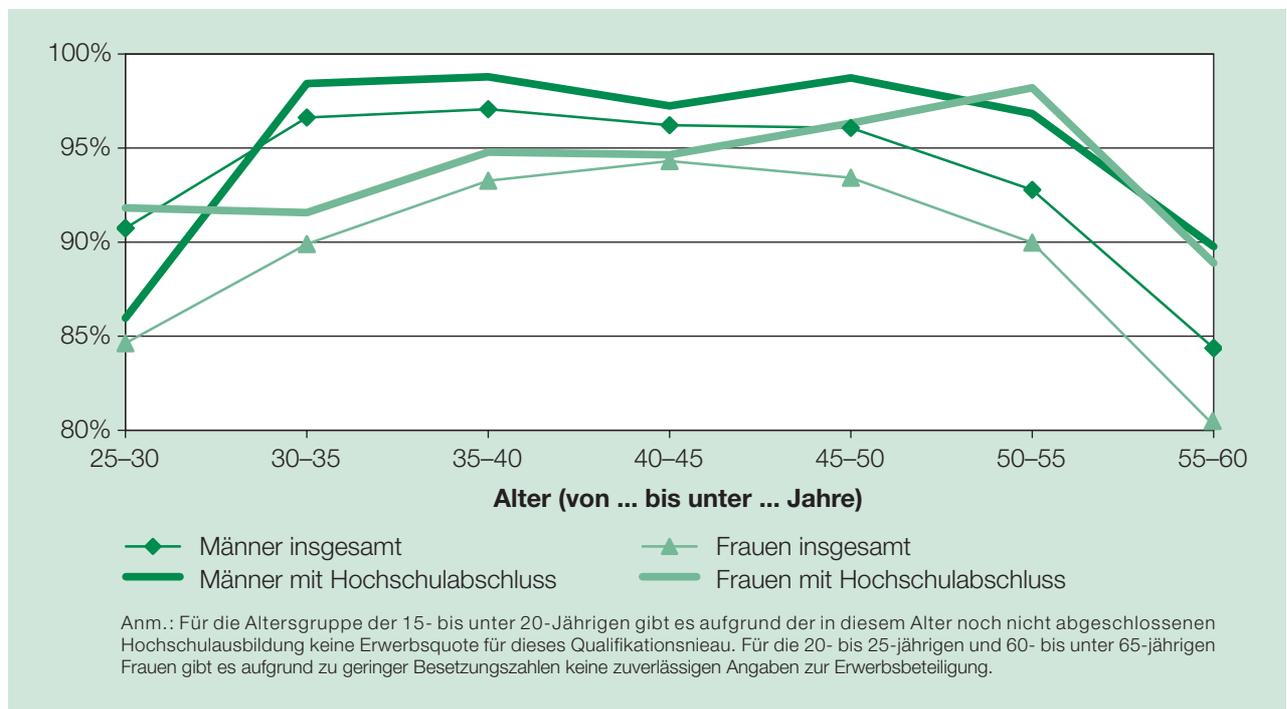
her ungenutztes Erwerbspotenzial unter den hoch qualifizierten Frauen mobilisierbar ist. Die Erwerbsquote der Männer und Frauen mit Hochschulabschluss in Sachsen liegt zwar durchgehend über der jeweiligen Erwerbsquote über alle Qualifikationsniveaus, der Unterschied zwischen Männer- und Frauenerwerbsquote existiert jedoch auch hier im selben Umfang (vgl. Abb. 6).

Wenn es gelänge, die Erwerbsquote der hoch qualifizierten Frauen in den relevanten Altersgruppen²⁶ auf das Niveau der Männererwerbsquote insgesamt (untere Variante) bzw. auf die der hoch qualifizierten Männer (obere Variante) zu heben, hätte im Jahr 2002 damit lediglich ein Potenzial von rund 1.700 bzw. 3.300 Frauen aktiviert werden können. Berechnungen für das künftige Potenzial ergaben für das Jahr 2010 rund 1.300 bzw. 2.700 zusätzliche hoch qualifizierte Frauen für den Arbeitsmarkt und im Jahr 2020 rund 1.100 bzw. 2.300 Frauen.

²⁵ Die Erwerbsquote der Frauen ist im gesamtdeutschen Schnitt mit ca. 10 bis 15 Prozentpunkten unter dem sächsischen Niveau. Bei der Erwerbsquote der Männer bestehen hingegen kaum Unterschiede zwischen den sächsischen Werten und dem gesamtdeutschen Durchschnitt.

²⁶ D. h. in den Altersgruppen, in denen die Erwerbsquote hoch qualifizierter Frauen niedriger ist als die jeweils anvisierte Erwerbsquote der Männer. Im Vergleich zur Erwerbsquote der hoch qualifizierten Männer sind dies die hoch qualifizierten Frauen der Altersklassen 30–50 Jahre sowie 55–60 Jahre. Bei der Erwerbsquote der Männer insgesamt wurden die hoch qualifizierten Frauen der Altersgruppen 30–45 Jahre berücksichtigt.

Abbildung 6: Erwerbsquoten von Männern und Frauen insgesamt und mit Hochschulabschluss 2002



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts.

Ein häufig vorgebrachtes Argument besagt, dass hierfür die Kinderbetreuung verbessert werden müsste. Eine kostengünstigere Kinderbetreuung mittels höheren öffentlichen Subventionen würde neben hohen Mitnahmeeffekten kaum Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben, da empirisch die Erwerbsbeteiligung von hoch qualifizierten Müttern nur wenig auf Veränderungen der Kinderbetreuungskosten reagiert.²⁷ Hinderlich wirken jedoch die relativ starren Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen: In Dresden haben beispielsweise nur 2,6 % aller Kinderkrippen und Kindergärten regulär auch nach 18 Uhr noch geöffnet.

Dass für eine flexiblere Kinderbetreuung von Seiten der Eltern auch eine Zahlungsbereitschaft vorhanden ist, zeigen zwei Befragungen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) fand heraus, dass Familien auch höhere Kosten für die Kinderbetreuung übernehmen würden, wenn dies die Berufstätigkeit bzw. die Rückkehr in Beschäftigung erleichtert.²⁸ STÖBE-BLOSSEY (2004) fand anhand einer Umfrage in Nordrhein-Westfalen heraus, dass über 80 % der befragten Mütter bereit wären, für eine ausgedehnte bzw. flexiblere Kinderbetreuung zusätzliche Beiträge zu zahlen.

Die politische Handlungsoption, um die Frauenerwerbstätigkeit zu erhöhen bzw. auf dem hohem Niveau beizubehalten, liegt im Wesentlichen in einer Flexibilisierung

des vorhandenen Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen. Aber auch die Betriebe sind hier gefragt: Um ihren Arbeitskräftebedarf künftig decken zu können, müssen die Betriebe Müttern flexible Arbeitszeiten anbieten und auch über innovative Arbeitsmodelle, wie beispielsweise Telearbeit, nachdenken.

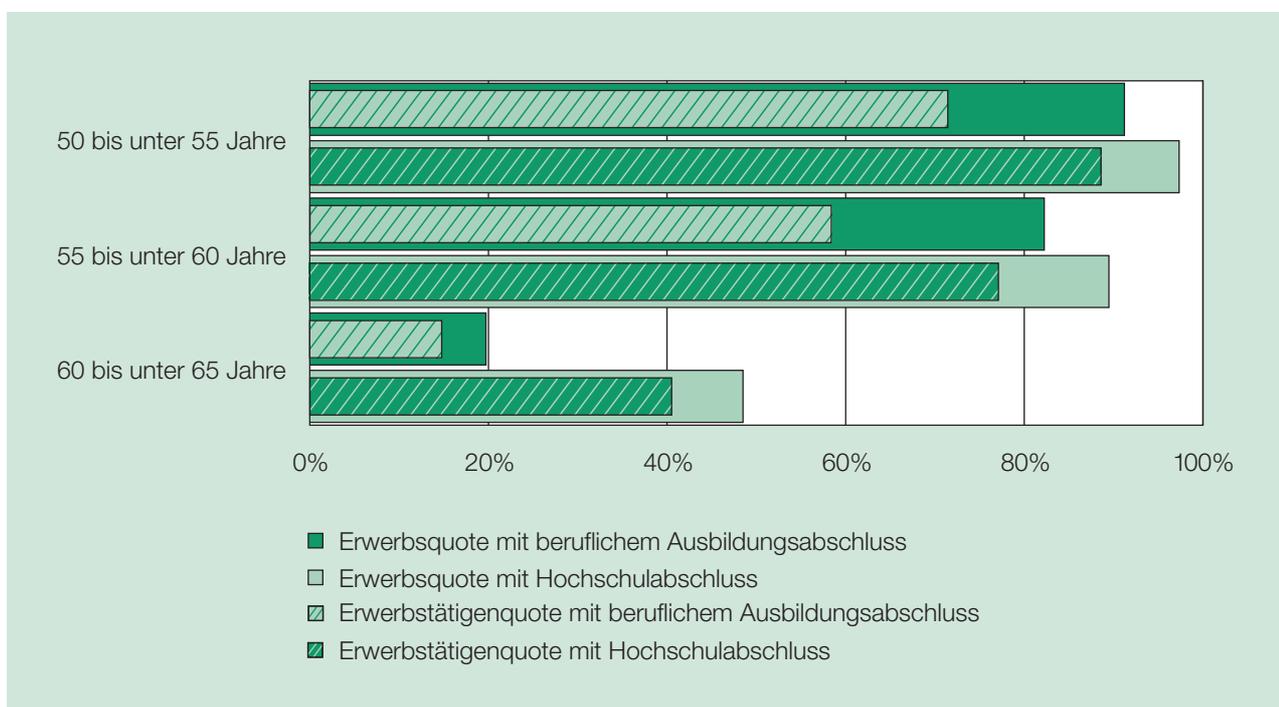
Längerer Verbleib älterer Arbeitskräfte im Arbeitsleben

Ein frühes Ausscheiden älterer Erwerbstätiger aus dem Arbeitsmarkt verringert nicht nur die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, sondern bedeutet gleichzeitig auch einen Verlust an wertvollem Humankapital, da über einen langen Zeitraum Fachwissen und Erfahrung angesammelt wurde. In Sachsen lag das durchschnittliche Renteneintrittsalter 2002 bei knapp 59 Jahren, sowohl für Männer als auch für Frauen. In Abbildung 7 sind – jeweils für diejenigen mit Berufs- und mit Hochschulabschluss – die Erwerbs- und die Erwerbstätigenquoten für die über 50-jährige Bevölkerung in Sachsen dargestellt.

²⁷ Eine gute Zusammenstellung über Ergebnisse verschiedener Studien findet sich in BLAU (2000).

²⁸ Vgl. ENGELBRECH und JUNGKUNST (2001).

Abbildung 7: Erwerbsquoten und Erwerbstätigenquoten der älteren Bevölkerung 2002



Quellen: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts.

Die derzeitigen Erwerbsquoten der 50- bis unter 55- und 55- bis unter 60-Jährigen liegen sowohl bei den Erwerbspersonen mit mittlerer Qualifikation als auch bei den Hochqualifizierten bei über 80 %. Bereits in diesen beiden Altersgruppen sind die Unterschiede zwischen den Qualifikationsniveaus sichtbar.

Noch augenfälliger wird der Unterschied jedoch bei den 60- bis 65-Jährigen: Während unter denjenigen mit beruflichem Ausbildungsabschluss nur noch rund ein Fünftel eine Erwerbstätigkeit ausübt oder wünscht, trifft dies auf rund die Hälfte der Akademiker zu. Auch die jeweilige Erwerbstätigenquote, welche die tatsächliche Erwerbstätigkeit widerspiegelt, ist bei den Personen mit Hochschulabschluss durchgehend höher als bei denen mit Berufsausbildung.

Auch hier wurde ein mögliches Potenzial an Arbeitskräften unter den hoch qualifizierten Älteren berechnet. Dazu wurde angenommen, dass es durch Politikmaßnahmen, wie z. B. durch höhere Abschläge bei der Frühverrentung, gelingt, die Erwerbsquote der 60- bis 65-Jährigen zu erhöhen.

Wird in einer unteren Variante für die Erwerbsquote der hoch qualifizierten 60- bis 65-Jährigen (bisher: 48,5 %) als Zielgröße die Erwerbstätigenquote der 55- bis 60-Jährigen mit Hochschulabschluss herangezogen (75,3 %),

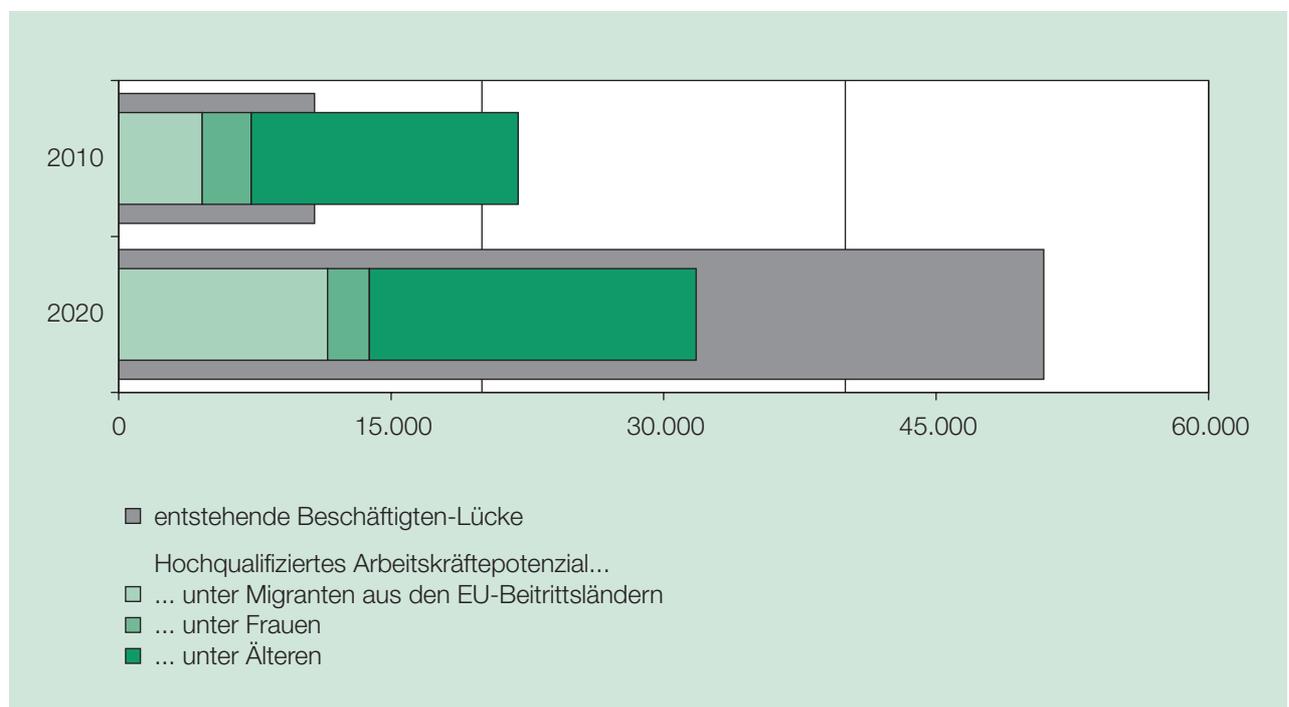
würde dies gegenwärtig ein zusätzliches Potenzial von rund 11.100 hoch qualifizierten Erwerbspersonen bedeuten. Für das Jahr 2010 wird ein zusätzliches Potenzial unter älteren Hochqualifizierten von rund 9.600 und für 2020 von 11.800 Personen geschätzt.

Eine obere Variante, unter Verwendung der Erwerbsquote der 55- bis 60-Jährigen mit Hochschulabschluss (89,5 %), ergäbe ein Potenzial von 17.000 hoch qualifizierten Personen im Jahr 2002, für das Jahr 2010 analog ein zusätzliches Erwerbspersonenpotenzial von 14.800 Personen und 2020 von 18.000 Personen.

Quantifizierung der Politikmaßnahmen

Die quantitative Bedeutung der einzelnen Maßnahmen sind in Abbildung 8 für das jeweils optimistische Szenario zusammengefasst und der Beschäftigtenlücke gegenübergestellt. Dabei wird deutlich, dass eine höhere Erwerbsquote unter den Älteren bzw. eine Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters zahlenmäßig den höchsten Stellenwert unter den drei Handlungsfeldern einnimmt. Von geringerer Bedeutung sind die Zuwanderungen aus den neuen EU-Mitgliedsländern. Die Aktivierung des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials an hoch qualifizierten Frauen hat hingegen kaum nennenswerte Auswirkungen auf das Arbeitsangebot.

Abbildung 8: Quantifizierung der Politikmaßnahmen für das optimistische Szenario



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Die Nachfrage nach Hochqualifizierten könnte bis zum Jahr 2010 gedeckt werden, falls die angesprochenen Optionen tatsächlich realisiert würden. Langfristig, d. h. bis zum Jahr 2020, würden allerdings die genannten Maßnahmen auch im günstigsten Fall nicht ausreichen, um die entstehende Beschäftigtenlücke zu schließen. Der letzte Abschnitt zu den Gegenstrategien und Anpassungsmaßnahmen beschäftigt sich daher mit der Möglichkeit, neues Humankapital am Standort Sachsen zu bilden.

Humankapitalbildung

Während die Zuwanderung und die Aktivierung von zusätzlichen Erwerbspersonen kurz- und mittelfristig in Sachsen umgesetzt werden könnte, ist zur langfristigen Deckung des zukünftigen Bedarfs an Hochqualifizierten die Ausbildung des Nachwuchses von entscheidender Bedeutung. Die vorhandenen Humanressourcen und insbesondere die nachwachsenden Generationen können die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Unternehmen nur dann wahren bzw. ausbauen, falls ihnen entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und diese auch in Anspruch genommen werden.

Aus Modellrechnungen für Sachsen geht hervor, dass ab dem Jahr 2007 ein Rückgang der Studienanfänger zu verzeichnen sein wird.²⁹ Für das Jahr 2014 wird sich im Vergleich zu 2001 eine Verringerung in der Größenordnung von etwa 10.000 Studienanfängern einstellen, was einem Rückgang von rund 56 % entspricht. Ab dem Jahr 2015 wird bis zum Ende des Prognosezeitraums (2021) wieder mit steigenden Studienanfängerzahlen gerechnet. Allerdings wird das Niveau dann immer noch deutlich unter dem bislang erreichten Höchststand im Jahr 2002 liegen. Hinsichtlich des zukünftigen Bedarfs an Arbeitskräften prognostiziert WEISSHUHN (2004) einen moderaten Anstieg im Anteil der Hochqualifizierten an den Erwerbstätigen in Sachsen insgesamt.

Um dem sich abzeichnenden Rückgang bei den Absolventen entgegenwirken zu können, müssen daher bereits heute Maßnahmen zur Mobilisierung künftiger Humankapitalpotenziale ergriffen werden. Trotz des demographischen Wandels und dem Rückgang der jüngeren Bevölkerung muss in erster Linie die Zahl der Studierenden erhöht werden.

Dem steigenden Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften in der Zukunft steht gegenwärtig noch die Abwanderung von qualifiziertem Nachwuchs gegenüber. Die Abwanderungstendenz dürfte allerdings mit fortschrei-

tender Arbeitskräfteknappheit deutlich zurückgehen – vorausgesetzt den Hochqualifizierten werden dann im Vergleich zu anderen Bundesländern attraktive Beschäftigungsperspektiven geboten. Derzeit verlässt noch rund ein Drittel der Hochschulabsolventen unmittelbar nach dem Studienabschluss den Freistaat. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Studienrichtungen.³⁰ Die bislang auch bei Ingenieuren anhaltend hohen Abwanderungsraten deuten darauf hin, dass die vorhandene mittelständische Unternehmensstruktur in vielen Fällen deren beruflichen oder finanziellen Vorstellungen (noch) nicht adäquat befriedigen kann.

Höhere Attraktivität für den Verbleib der im Freistaat ausgebildeten Hochschulabsolventen sowie für die Akquisition von Hochqualifizierten aus dem übrigen Inland oder dem Ausland ist von dem weiteren Ausbau technologieorientierter und wissensintensiver Wirtschaftszweige in Sachsen zu erwarten. Ein zentrales Element, das die Attraktivität Sachsens als Studien- und Arbeitsort für künftiges Humankapital determiniert, ist eine leistungsstarke Hochschul- und Forschungsinfrastruktur. So wurde in einer umfassenden Studie für Deutschland nachgewiesen, dass die strategische Ansiedlungsentscheidung von 295 Unternehmen mit humankapitalintensiven Produkten wesentlich durch die an Hochschulstandorten zu verzeichnenden Spillovers beeinflusst wurde.³¹ Zwei Faktoren sind für die Unternehmen besonders relevant: die Forschungsstärke und die Verfügbarkeit von Absolventen. Prinzipiell gilt: Je forschungstärker die Hochschule und je mehr Absolventen verfügbar sind, desto attraktiver ist der entsprechende Standort.

Fazit

Der demographische Wandel wird auf dem sächsischen Arbeitsmarkt in naher Zukunft in erster Linie durch einen Mangel an Hochqualifizierten zum Vorschein treten. Kurz- und mittelfristig könnte eine selektive Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung insbesondere bei hoch qualifizierten Frauen dazu beitragen, den sich abzeichnenden Arbeitskräftemangel bei den Hochqualifizierten zu vermeiden. Allerdings werden diese Maßnahmen alleine nicht ausreichen, den Bedarf der Unternehmen langfristig zu decken. Aus diesem Grund muss verstärkt die Bildung

²⁹ Vgl. FROHWIESER, LENZ und WOLTER (2004), S. 50.

³⁰ Vgl. FROHWIESER et al. (2004), S. 17.

³¹ Vgl. AUDRETSCH, LEHMANN und WARNING (2003) sowie den Beitrag von AUDRETSCH, LEHMANN und WARNING (2004) in diesem Heft, S. 18–23.

von (hoch) qualifiziertem Humankapital im Freistaat gefördert werden.

Bei den gering qualifizierten Arbeitskräften wird der demographische Wandel hingegen nicht zu einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt führen, da das zukünftige Arbeitsangebot die Arbeitsnachfrage deutlich übersteigen wird. Damit es auf diesem Teilarbeitsmarkt zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit kommt, müssen Anreizmechanismen geschaffen werden, die sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeitnehmer Vorteile mit sich bringen.³²

Literatur

- ARNDS, P. und H. BONIN (2002): Arbeitsmarkteffekte und finanzpolitische Folgen der demographischen Alterung in Deutschland, Discussion Paper No. 667, IZA, Bonn.
- AUDRETSCH, D. B., E. LEHMANN und S. WARNING (2003): University Spillovers: Strategic Location and New Firm Performance, CEPR Discussion Paper No. 3837, London.
- AUDRETSCH, D. B., E. LEHMANN und S. WARNING (2004): Universitäten als regionale Förderer der Wirtschaft?, ifo Dresden berichtet, Heft 3, S. 18–23.
- BARTEL, A. P. (1989): Where Do the New U.S. Immigrants Live?, Journal of Labor Economics, 7(4), 371–391.
- BLANCHFLOWER, D. G., A. J. OSWALD und P. SANFEY (1996): Wages, Profits, and Rent-Sharing, Quarterly Journal of Economics 111 (1), 227–251.
- BLAU, D. M. (2000): Child Care Subsidy Programs, NBER Working Paper 7806.
- BUNDESREGIERUNG (Hrsg.) (2003): Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthaltes und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz), BT-Drs. 15/420 vom 7. Februar.
- CHISWICK, B. R. und P. W. MILLER (1996): Ethnic Networks and Language Proficiency Among Immigrants, Journal of Population Economics 9, 19–35.
- DELÉCHAT, C. (2001): International Migration Dynamics: The Role of Experience and Social Networks, Review of Labour Economics and Industrial Relations 15, 457–486.
- ENGELBRECH, G. und M. JUNGKUNST (2001): Wie bringt man Beruf und Kinder unter einen Hut?, in: IAB Kurzberichte 7/2001, Nürnberg.
- FROHWIESER, D., K. LENZ und A. WOLTER (2004): Die Zukunft des Humankapitals in Sachsen: Studienachfrage und Hochschulabsolventen in Sachsen bis 2020, Dresdener Studien zur Bildungs- und Hochschulplanung 2, Dresden.
- FROHWIESER, D. et al. (2004): Zukunft des Humankapitals in Sachsen: Gegenüberstellung von Angebot und Bedarf an Hochschulabsolventen und Hochschulabsolventinnen im Freistaat Sachsen bis zum Jahr 2020, Dresdener Studien zur Bildungs- und Hochschulplanung 4, Dresden.
- GERSTENBERGER, W. et al. (2004): Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen, ifo dresden studie 35, München/ Dresden.
- HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT (2000): Vereinfachung des Verfahrens für die Einreise von hochqualifizierten Fachkräften, an deren Beschäftigung ein öffentliches Interesse besteht, Wiesbaden.
- HILDRETH, A. K. und A. J. OSWALD (1997): Rent-Sharing and Wages: Evidence from Company and Establishment Panels, Journal of Labor Economics 15 (2), 318–337.
- MERTENS, A. (1997): Industrielle und berufliche Mobilität. Eine Untersuchung auf Basis der IAB-Beschäftigtenstichprobe, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 3, 663–670, Nürnberg.
- MEYER, J. B. (2001): Network Approach versus Brain Drain: Lessons From the Diaspora, International Migration Vol. 39, S. 91–108.
- NORDSTRÖM SKANS, O. (2002): Age Effects in Swedish Local Labour Markets, Working Paper 2002: 11, Institute for Labour Market Policy Evaluation, Uppsala.
- REINBERG, A. und M. HUMMEL (2002): Zur langfristigen Entwicklung des qualifikationsspezifischen Arbeitskräfteangebots und -bedarfs in Deutschland, Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 4, 580–600, Nürnberg.
- REINBERG, A. und M. HUMMEL (2003): In der Krise verdrängt, sogar im Boom vergessen, in: IAB Kurzberichte 19/2003, Nürnberg.
- SHIMER, R. (2001): The Impact of Young Workers on the Labor Market, Quarterly Journal of Economics 116, 969–1007.
- SINN, H.-W. et al. (2002): Aktivierende Sozialhilfe, ifo Schnelldienst 9/2002, München.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2003a): Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2020, Kamenz.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2003b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit im Freistaat Sachsen (Ergebnisse des Mikrozensus) April 2002, Statistische Berichte A VII 1-j/02, Kamenz.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2003c): Frauen im Freistaat Sachsen (Ergebnisse des Mikrozensus) April 2002, Statistische Berichte A VII 4-j/02, Kamenz.

³² Vgl. hierzu den Vorschlag des ifo Instituts zu „Aktivierenden Sozialhilfe“ (SINN et al. (2002)).

- STÖBE-BLOSSEY, S. (2004): Bedarfsorientierte Kinderbetreuung. Teil 1: Arbeitszeit und Infrastruktur, Gelsenkirchen.
- THUM, M. (2000): EU Enlargement, Fiscal Competition and Network Migration, mimeo, München.
- WEISSHUHN, G. (2004): Die Zukunft des Humankapitals in Sachsen: Bedarf an Arbeitskräften mit Hoch- und Fachhochschulabschluss bis zum Jahr 2020 im Freistaat Sachsen, Dresdner Studien zur Bildungs- und Hochschulplanung 3, Dresden.

Universitäten als regionale Förderer der Wirtschaft?

David B. Audretsch¹ und Erik E. Lehmann²

Universitäten als Motor und Impulsgeber für die regionale Wirtschaft

Universität Jena als deutsches Lehrbeispiel

Die anekdotische Evidenz bietet einige Beispiele aus der Vergangenheit, welche Impulse von Universitäten als Motoren und Inkubatoren ausgehen. Ein prominentes Beispiel liefert der Standort Jena. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die naturwissenschaftliche Forschung in Universitäten in den Fächern der Biologie, Chemie oder Physik zu exakteren, naturwissenschaftlich fundierten Methoden. Damit einhergehend stieg die Nachfrage nach technischen Instrumenten, um Experimente und Versuche durchzuführen. In diesem Umfeld gründete Carl Zeiss 1846 in Jena eine Werkstatt für Feinmechanik und Optik und begann mit der Produktion von Mikroskopen und Ferngläsern. Wissenschaftliche Unterstützung bekam er von Ernst Abbe, Professor an der Universität Jena, den er später zum stillen Teilhaber berief. Trotz der Weiterentwicklung der Mikroskope durch Ernst Abbe, stieß man aufgrund der Beschaffenheit der Gläser schnell an die Grenzen der Instrumente: Hohe Auflösungen, die technisch möglich waren, scheiterten an der Qualität der verfügbaren Linsen. Zu dieser Zeit begann Otto Schott in Witten (Ruhr) bei seinen Eltern, mit verschiedenen Glasmaterialien zu experimentieren, bis er schließlich eine Mischung entdeckte, die hitzebeständig war und zugleich präzise geschliffen werden konnte. Eine Probe dieser Gläser sandte er zu Ernst Abbe nach Jena, der die Einzigartigkeit dieser Gläser und deren Bedeutung für Wissenschaft und Wirtschaft schnell erkannte. Mit Abbe zusammen gründete Schott 1884 die „Jenaer Glaswerke Schott & Genossen“. Die Mikroskope und andere Geräte wurden mit den neuen Gläsern ausgestattet und weltweit exportiert. Abbe legte später beide Werke zusammen. Bis heute profitiert der Standort Jena von den Aktivitäten im Bereich der Optik und Feinmechanik und der Fertigung von Spezialgläsern.

Humankapital, technologischer Fortschritt und Wachstum

Auch heute ragen solche Einzelbeispiele heraus, wie die Ansiedlung von Software- und Computerfirmen um die Universität Stanford, dem heutigen Silicon Valley.³ Auf den

ersten Blick scheinen so genannte Eliteuniversitäten, wie Stanford oder Harvard, als regionale Anziehungspunkte für Unternehmen zu gelten. Nicht zuletzt deswegen neigt die Politik dazu, die Förderung von Eliteuniversitäten auch in Deutschland vorantreiben zu wollen. Dabei drängt sich der Eindruck auf, dass der überwiegende Teil von Universitäten keine nennenswerten Beiträge zur Förderung des regionalen Wirtschaftsraums und des Wirtschaftswachstums leistet.

Diese Frage beschäftigt die Wissenschaft seit einigen Jahrzehnten. Ausgehend von Paul Romers Arbeiten zur Endogenität des Wirtschaftswachstums⁴ und der Hervorhebung des Humankapitals für den technologischen Fortschritt, der nun eben nicht „wie Manna“ vom Himmel fällt, arbeiten Wissenschaftler daran, die Quellen des technologischen Fortschritts näher zu erforschen. Der Vorteil räumlicher Nähe liegt auf der Hand: Universitäten bieten Einsatzfaktoren – Ausbildung von Arbeitskräften und Forschungsleistungen – für die die Unternehmen nicht die vollen Kosten tragen müssen. Sinken diese Kosten mit der räumlichen Nähe zur Universität, können die meist höheren Kosten der Ansiedlung überkompensiert werden. Eine staatliche Förderung von Universitäten trägt folglich dazu bei, indirekt die Kosten von Unternehmen in der Beschaffung dieser Ressourcen zu senken. Hierin liegt die Möglichkeit der Politik, Wirtschaftsförderung durch die Unterstützung von Universitäten zu fördern.

Auch wenn die Forschung einhellig die positive Bedeutung von Universitäten für das Wachstum von Regionen und Nationen bestätigt⁵, so sind die Wirkungsmechanismen bis heute nicht eindeutig identifiziert. Bekannt ist, dass

¹ David B. Audretsch ist Professor am Max Planck Institut Jena, der Indiana University und am CEPR, Department Entrepreneurship, Growth and Public Policy; Kontakt: Max-Planck Institut for Research into Economic Systems, Jena, Kahlaische Straße 10, 07745 Jena, Germany, audretsch@mpiew-jena.mpg.de, Fax: +49-36 41-68 67 10.

² Erik E. Lehmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max Planck Institut Jena und der Universität Konstanz, Department of Department Entrepreneurship, Growth, and Public Policy; Kontakt: Max-Planck Institut for Research into Economic Systems, Jena, Kahlaische Straße 10, 07745 Jena, Germany, lehmann@mpiew-jena.mpg.de.

Für die finanzielle Unterstützung danken wir der Deutschen Forschungsgesellschaft im Rahmen der Forschergruppe FOR 454, angesiedelt an den Universitäten Konstanz und Mannheim sowie dem ZEW Mannheim.

³ AnnLee Saxenian beschreibt die Entwicklung des Silicon Valleys als Spillover Effekte eines Lehrstuhls, vgl. SAXENIAN (1994).

⁴ Vgl. ROMER (1986) oder auch GROSSMAN und HELPMAN (1991).

⁵ Vgl. PORTER UND STERN (2001).

Forschungsleistung und Ausbildung die wesentlichen Leistungen einer Universität für die Wirtschaft darstellen. Unklar ist jedoch, wie das Zusammenwirken dieser Leistungen die Ansiedlung von Unternehmen beeinflusst und für ein höheres Wachstum sorgt.

Während Patente und Zitationen weitgehend für die empirische Forschung beobachtbar sind, bleibt ein wesentlicher Teil der Spillover-Effekte von Universitäten im Verborgenen: Die Weitergabe von Erkenntnissen, die nicht kodifizierbar sind. So betont JAFFE (1989)⁶, dass die geographische Nähe vor allem dann wichtig ist, wenn der Mechanismus der Wissensweitergabe vor allem auf informaler Kommunikation oder „Tacit Knowledge“ beruht. Diese Art der Wissensweitergabe ist aber räumlich stark begrenzt und stellt einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Unternehmen dar, die nicht in räumlicher Nähe zur Quelle dieses Wissens angesiedelt sind.

Wenn aber die Mechanismen der Wissensweitergabe nicht hinreichend identifiziert und quantifiziert werden können, erschwert dies die Ableitung von Handlungsempfehlungen für die Politik. Wie Ausgaben in Forschung und Entwicklung bei Unternehmen, so sind auch Ausgaben für den Bildungssektor mit sehr hoher Unsicherheit verbunden, schlecht prognostizierbar und die Ergebnisse kommen erst in der ferneren Zukunft zum Tragen – zumindest nicht innerhalb einer Legislaturperiode.

Dabei sind Investitionen in den Bildungssektor für das zukünftige Wirtschaftswachstum notwendiger als in der Vergangenheit. Obwohl einerseits eine Tendenz zur Internationalisierung der Wirtschaft zu beobachten ist, gewinnen im Gegenzug regionale Wirtschaftsräume an Bedeutung. Der Anteil der Wertschöpfungskette, der in Deutschland verbleibt, fordert zunehmend höhere Ausgaben in Forschung und Entwicklung und gut ausgebildete Arbeitskräfte. Können Universitäten diesen Bedarf nicht decken, verlagern Unternehmen auch diese Aktivitäten ins Ausland oder befriedigen ihre Nachfrage nach Arbeitskräften auf dem weltweiten Markt. Für Regionen ist damit ein nachhaltiger Verlust an Arbeitskräften und wirtschaftlicher Ertragskraft unwiederbringlich verloren.

Räumliche Ansiedlung von Unternehmen des Neuen Marktes um Universitäten

In der bisherigen Forschung wurden vor allem Leistungen aus dem naturwissenschaftlichen Bereich als Determinanten der räumlichen Ansiedlung untersucht.

Insbesondere Patente, Publikationen und Zitationen aus den Naturwissenschaften wurden als Maßzahlen für die Forschungsleistung und als Determinanten für die räumliche Ansiedlung untersucht. Wenig Augenmerk wurde in der Forschung bisher anderen Disziplinen, wie der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung, gewidmet oder der Ausbildungsfunktion von Universitäten.⁷

Am Beispiel der Unternehmen, die von 1997 bis 2003 am Neuen Markt notierten, zeigen wir nachfolgend auf, welche Leistungen von Universitäten zur Erklärung der Ansiedlung dienen können. Dabei greifen wir auf die Ergebnisse eigener Studien zurück, die wir anhand eines Datensatzes der am Neuen Markt notierten Unternehmen sowie Daten von Universitäten durchgeführt haben.⁸ Dabei können wir zeigen, dass die Attraktivität von Universitäten für die Ansiedlung von Unternehmen tatsächlich zwischen den Disziplinen und der Art der Leistung einer Universität variiert. Um zwischen den Disziplinen zu trennen, wurden die Publikationen der Universitäten getrennt nach Naturwissenschaften und Geistes- und Sozialwissenschaften erfasst. Das in den USA ansässige Unternehmen ISI wertet für die jeweiligen Disziplinen die relevanten Fachzeitschriften aus und erfasst diese in zwei Datenbanken. Die naturwissenschaftlichen Publikationen werden im Science Citation Index (SCI) und die sozialwissenschaftlichen Publikationen im Social Science Citation Index (SSCI) erfasst. Anhand dieser Einträge wird in den USA und zunehmend auch in Europa die wissenschaftliche Qualität und Quantität der Forschungsleistung von Universitäten ermittelt. Für alle Universitäten in Deutschland werden diese Einträge im Folgenden, getrennt nach den beiden Wissenschaftsdisziplinen, als Indikator für die Forschungsleistung berücksichtigt. Ebenfalls wird die Anzahl der Studenten einer Universität den beiden Fachgebieten zugeordnet.

Von den 281 deutschen Unternehmen, die am Neuen Markt seit 1997 gelistet sind, erhoben wir die Entfernung zur nächsten Universität. Insbesondere interessierte uns die Ansiedlungsentscheidung dieser Firmen. Zum einen, von welchen Faktoren die Anzahl der Firmen um eine Universitäten bestimmt wird. Und zum anderen, welche Faktoren die räumliche Nähe zur nächsten Universität erklären können.

⁶ Vgl. JAFFE (1989).

⁷ Eine der wenigen Ausnahmen stellt die Untersuchung von VARGA (2000) dar.

⁸ Vgl. AUDRETSCH, LEHMANN und WARNING (2004).

Agglomeration der Unternehmen des Neuen Marktes um Universitäten

Von den insgesamt 73 Universitäten in Deutschland liegen genau 50 Universitäten in der nächsten räumlichen Entfernung zu einem der 281 Unternehmen in unserem Datensatz. Betrachtet man die räumliche Ansiedlung dieser Unternehmen in der Grafik, so fällt eine deutliche Konzentration um einige Universitäten auf (vgl. Abb. 1). Während die durchschnittliche Entfernung bei etwas weniger als 17 km liegt, so siedelt sich das Medianunternehmen innerhalb eines Radius von 7 km um die nächste Universität an. Unterstellt man, dass die Kosten der Ansiedlung an Universitätsstandorten höher sind als „auf der grünen Wiese“ in der Region, müssen diese höheren Kosten durch einen Nutzen der räumlichen Nähe kompensiert werden.

Vor allem um die LMU München, die Universitäten in Frankfurt, Hamburg, Stuttgart, Berlin und Köln zeigen sich auf den ersten Blick größere Ansammlungen von Unternehmen. Dass dies auch durch die Größe der Städte und die dort ansässigen Unternehmen beeinflusst wird, lässt sich nicht von der Hand weisen.⁹ Allein in München sind um die drei ansässigen Universitäten 65 Unternehmen angesiedelt, in Hamburg und Berlin mit ebenfalls je drei Universitäten 24 bzw. 19 Unternehmen. In Frankfurt mit einer Universität – aber deutlich geringerer Einwohnerzahl – ließen sich 26 Unternehmen nieder. Dies spiegelt auch die immer wieder betonte Wirtschaftskraft dieser Ballungsgebiete wider. Auch ein Nord-Süd-Gefälle lässt sich feststellen. Weit über die Hälfte aller Unternehmen sind in den drei Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen angesiedelt.

Ein Blick auf die Anzahl der in räumlicher Umgebung ansässigen Firmen spiegelt einen Einblick auf mögliche Entscheidungsparameter wider. Als maßgebliche Inputfaktoren stehen den Universitäten die Gelder zu, die sie für ihren Haushalt vom Land erhalten. Diese Gelder können für Personal, Bibliotheksausstattung, Verwaltung und sonstiges ausgegeben werden. Ein maßgeblich positiver Einfluss geht dabei von den weitgehend ungebundenen Grundmitteln aber auch von den Mitteln für die Bibliotheksausstattung aus. Letztere können als Proxy-Variablen für die Konzentration einer Universität auf die Forschung angesehen werden.

Ausgaben für Personal scheinen hingegen keinen signifikanten bzw. sogar negativen Einfluss auszuüben. Dies spricht gegen das Argument, dass allein die Größe einer Universität, gemessen an der Anzahl der beschäftigten Mitarbeiter, als Determinante für die Ansiedlung von Unternehmen ausschlaggebend ist. Universitäten mit einem

hohen Output an Publikationen in den Naturwissenschaften attrahieren signifikant mehr Unternehmen als Universitäten mit geringerer Publikationsleistung. Die Attraktivität forschungsintensiver Universitäten zeigt sich signifikant auch in der Höhe der eingeworbenen Drittmittel.

Tabelle 1: Einflussfaktoren für Unternehmensansiedlungen

Faktoren	Einfluss
Ausgaben für Personal	Räumliche Distanz verlängert sich
Anzahl der Studenten	Räumliche Distanz verkürzt sich
Forschungoutput	Kein Einfluss für die Geistes- und Sozialwissenschaften Räumliche Distanz verkürzt sich bei Naturwissenschaften
Drittmittel	Räumliche Distanz verkürzt sich
Technische Universitäten	Räumliche Distanz verkürzt sich nur bei älteren Unternehmen vor der „New Economy Welle“
Größe der Stadt	Geringere Distanz in Großstädten
Geringe räumliche Distanz und hoher Forschungsoutput	Höhere Rendite am Aktienmarkt
Geringe räumliche Distanz und hohe Anzahl von Studenten	Höhere Rendite am Aktienmarkt für die Naturwissenschaften

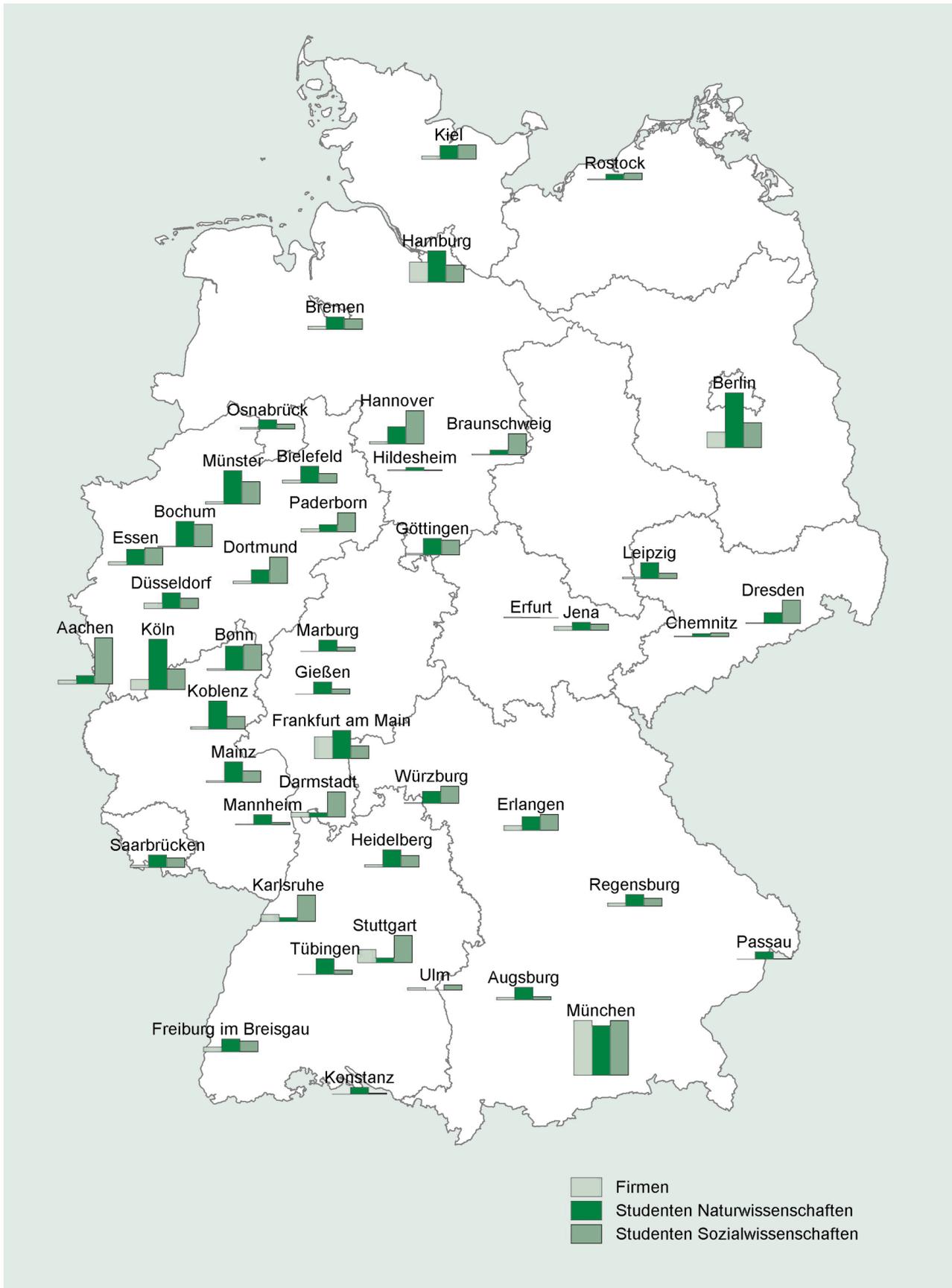
Quelle: eigene Darstellung.

Einflussfaktoren der räumlichen Entfernung zu Universitäten

Schätzt man nun die räumliche Entfernung zur nächsten Universität, zeigt sich, dass die Anzahl der wissenschaftlichen Artikel in den Sozialwissenschaften keinen Anreiz zur räumlichen Ansiedlung bietet, anders in den Naturwissenschaften. Sieht man die Anzahl der wissenschaftlichen

⁹ Neben Universitäten spielen große Unternehmen eine bedeutende Rolle für die Ansiedlung von Unternehmen. Dieser Effekt spiegelt sich auch in der Größe einer Stadt wider.

Abbildung 1: Räumliche Ansiedlung von Unternehmen des Neuen Marktes zu Universitätsstandorten



Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

Publikationen vereinfacht als Proxy-Variablen für die gesamte Forschungstätigkeit in den Naturwissenschaften, so siedeln sich Firmen der so genannten „New Economy“ verstärkt in der Nähe forschungsintensiver Universitäten an. Der Unterschied zu den Sozialwissenschaften mag daran liegen, dass in den Naturwissenschaften die Forschung eher auf spezifische Forschungsfelder ausgerichtet ist. Zudem unterscheiden sich die Disziplinen in den Sozialwissenschaften hinsichtlich ihres Publikationsverhaltens wesentlich stärker als in den Naturwissenschaften. Die Forschung in den Sozialwissenschaften kann eher als allgemein gelten, also weitgehend unabhängig von den spezifischen Bedürfnissen von Unternehmen und Branchen – mit Ausnahme der Wirtschaftswissenschaften. Während ein Unternehmen in der Biotechnologie eher spezifisches Wissen in diesem Bereich verwerten kann, sind Erkenntnisse aus den Sozialwissenschaften weniger spezifisch. Zudem zeigt die Ausbildung wie in den Wirtschaftswissenschaften keine allzu großen Unterschiede zwischen den Universitäten auf.

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die zeitliche Entwicklung. Als deutsche Besonderheit gilt die Etablierung der Technischen Hochschulen. Ihre Spezialisierung liegt vor allem im Bereich der Ingenieurwissenschaften, des Maschinenbaus und der angewandten Forschung in der Physik. Dieser Typ von Universitäten entspricht dem Bild Deutschlands mit seinen international anerkannten Leistungen im Bereich des Maschinen- und Automobilbaus. Teilt man den Datensatz in junge und ältere Unternehmen auf, so zeigt sich, dass vor der so genannten „New-Economy-Welle“, sich die Unternehmen bevorzugt in räumlicher Nähe zu Technischen Universitäten niederließen bzw. aus diesen gegründet wurden. Für Firmen der „New Economy“ hingegen scheinen diese Universitäten weniger attraktiv zu sein.

Einen wesentlichen Einfluss auf die räumliche Ansiedlung hat die Zahl der Absolventen – unabhängig von ihrer fachlichen Ausrichtung. Auf den ersten Blick mag verwundern, dass allein die Anzahl der Studenten einen solch signifikanten Einfluss ausübt, weniger die „Qualität“ der Studenten. Reine Größeneffekte der Universitäten, gemessen an der Zahl der Mitarbeiter und Forscher, zeigen hingegen keinen signifikanten Einfluss in den Schätzungen.

Eine große Anzahl von Studenten erhöht für Unternehmen einerseits die Auswahl geeigneter Arbeitskräfte. Ein Kennzeichen der meisten Unternehmen in der „New Economy“ war die hohe Wachstumsrate bei Mitarbeitern. Allein im ersten Jahr nach dem Börsengang erhöhte sich der Personalbedarf um durchschnittlich 50 %.

Dieser Bedarf lässt sich am günstigsten in der räumlichen Nähe zu Universitäten decken. Je größer die Anzahl der Studenten, umso geringer sind auch die Kosten der Personalrekrutierung und die Löhne.

Während Absolventen der Naturwissenschaften mit eher spezifischem Humankapital für Unternehmen eine bedeutende Ressource darstellen, werden auch Absolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften mit eher allgemeinem Humankapital benötigt. Dies zeigt sich besonders in Branchenunterschieden. So siedelten sich in München und Köln vorwiegend Firmen im Dienstleistungssektor – allen voran die Medienbranche, Softwarebranche, E-Commerce und Telekommunikation an, während an eher technisch orientierten Universitäten vor allem Unternehmen aus dem Technologiesektor und der Computerbranche siedeln.

Dass sich die räumliche Ansiedlung auch für Unternehmen lohnt, zeigt sich an der Entwicklung der Börsenkurse von Unternehmen. Die Rendite wird signifikant von der räumlichen Nähe der Universität bestimmt – allerdings nur in Kombination mit einem hohen Forschungsoutput der Universität.¹⁰ Je forschungsintensiver eine Universität ist, gemessen an der Anzahl der Publikationen und je näher das Unternehmen sich an der Universität niedergelassen hat, desto höher ist die relative Entwicklung am Aktienmarkt im Vergleich zum vergleichbaren Aktienindex. Dieses Ergebnis gilt sowohl für die Forschungsleistung in den Naturwissenschaften als auch den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Fazit und Ausblick

Die Ergebnisse aus den kurz skizzierten Studien legen nahe, dass Universitäten eine bedeutende Rolle für die Ansiedlung von Unternehmen spielen. Einerseits zeigt sich eindeutig, dass die Ausbildungsleistung von Universitäten eine zentrale Determinante im Entscheidungskalkül der Standortwahl zu spielen scheint. Andererseits wird sowohl die räumliche Entfernung als auch die Anzahl der dort angesiedelten Unternehmen wesentlich von der Forschungsintensität der Universität, vor allem in den Naturwissenschaften, geprägt.

Ausbildung

Die Anzahl der Studenten, unabhängig von der Ausrichtung, erklärt signifikant die Ansiedlung von Unternehmen in der räumlichen Nähe. Neben rein personalpolitischen

¹⁰ Vgl. AUDRETSCH und LEHMANN (2004).

Entscheidungen, können Studenten auch einen Mechanismus in der Weitergabe von Methoden und Erkenntnissen aus der Forschung bieten. Während viele Universitäten im Westen über Überfüllung und schlechte Studierbedingungen klagen, kann hier ein Aufholpotenzial für Universitäten in den neuen Bundesländern liegen.

Wissenschaftliche Leistung

Die wissenschaftliche Leistung erweist sich vor allem in den Naturwissenschaften als besonders attraktiv für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Forschungsleistungen der Universität können dabei die eigenen Kosten der Forschung und Entwicklung senken oder die Ergebnisse durch die Unternehmen erst vermarktet werden. Während deutsche Universitäten nur stark eingeschränkt ihre Ergebnisse marktlich verwerten können, stellt dies andererseits eine Chance zur Zusammenarbeit mit Unternehmen dar.

Kapitalmarkt

Unternehmen, die sich in räumlicher Nähe zu Universitäten ansiedeln, weisen längerfristig einen Wettbewerbsvorteil auf, der sich in einer überdurchschnittlichen Bewertung am Kapitalmarkt manifestiert.

Die Ergebnisse werfen aber auch die Frage nach einer staatlichen Förderung von „Eliteuniversitäten“ auf. Besonders in den Naturwissenschaften kann ein Einfluss der Forschungsintensität auf die Anzahl der Ansiedlungen und die räumliche Distanz nicht von der Hand gewiesen werden. Falsch wäre aber sicherlich eine Konzentration auf Eliteuniversitäten auf Bundesebene durch politischen Druck. Universitäten müssen sich selbst im Wettbewerb profilieren. Dass sich einige Universitäten diesem Wettbewerb intensiv stellen, zeigt sich auch an der Höhe der eingeworbenen Drittmittel. Die Statistiken der Deutschen Forschungsgemeinschaft belegen eindeutig die Unterschiede zwischen den Universitäten (www.dfg.de). Die Politik hat dann für die Rahmenbedingungen zu sorgen, die diesen Wettbewerb fördert und Anstrengungen auch belohnt. Dies gilt insbesondere

auch auf Landesebene. Anstatt die Mittel wie bisher meist üblich wesentlich nach der Anzahl der Studenten und der Größe der Universität zu verteilen, wäre eine Verteilung nach dem Wettbewerbsgedanken anzuraten.

Und der Standort Jena? Von allen Universitäten der neuen Bundesländer ragt die Universität Jena als Ansiedlungsstätte der am Neuen Markt gelisteten Unternehmen hervor. Dabei handelt es sich sowohl um Unternehmen im Bereich der Optik und Medizintechnik, aber auch der Softwareentwicklung, wie der Intershop AG. Die vor über 150 Jahren begonnene fruchtbare Zusammenarbeit von universitärer Forschung und praktischer Entwicklung und Vermarktung hält bis heute an.

Literatur

- AUDRETSCH, D. und E. LEHMANN (2004): Do Locational Spillovers Pay? Empirical Evidence from German IPO Data, Diskussionspapier, Max Planck Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen.
- AUDRETSCH, D.; LEHMANN, E. und S. WARNING (2004): University Spillovers: Does the Kind of Science Matter?, in: *Industry and Innovation* (im Erscheinen).
- GROSSMAN, G. und E. HELPMAN (1991): *Innovation and Growth in the Global Economy*, MIT Press, Cambridge/MA.
- JAFFE, A. (1989): Real Effects of Academic Research, *American Economic Review* 79, S. 957–970.
- PORTER, M. und S. STERN (2001): Innovation: Location Matters, in: *MIT Sloan Management Review* (Summer 2001), S. 28–36.
- ROMER, P. (1986): Increasing Returns and Long-Run Growth, *Journal of Political Economy* 94, S. 1002–1037.
- SAXENIAN, A. (1994): *Regional Advantage: Culture and Competition in Silicon Valley and Rte. 128*, Harvard University Press, Cambridge/Mass.
- VARGA, A. (2000): Local Academic Knowledge Transfers and the Concentration of Economic Activity, *Journal of Regional Science* 40, 289–309.

Deutsche Konjunkturperspektiven 2004/2005: Nur allmähliche Belebung¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus²

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft befindet sich im Aufschwung. Seit Mitte 2003 expandiert die Produktion in vielen Ländern ausgesprochen kräftig und die Kapazitätsauslastung steigt. Der Aufschwung hat mit Nordamerika und Ostasien zwei Zentren. Wie gefestigt er mittlerweile ist, zeigt sich in der deutlichen Ausweitung der Investitionen und auch darin, dass weder die jüngsten Terroranschläge noch die erneute Zuspitzung der Lage im Irak den Optimismus an den Aktienmärkten nachhaltig gedämpft haben. Die Investitionsdynamik wurde von der Geldpolitik begünstigt: Die US-Notenbank und die Bank von Japan, aber auch die Europäische Zentralbank sind seit geraumer Zeit auf expansivem Kurs. Die Fremdkapitalkosten sind, auch in realer Rechnung, weltweit niedrig. Bei alledem haben sich die Absatzperspektiven aufgehellt, nicht zuletzt in dem von der Rezession des Jahres 2001 stark betroffenen Informations- und Kommunikationssektor, wo Produktinnovationen die Nachfrage belebt haben. Nach kräftiger Expansion in der ersten Hälfte dieses Jahres wird sich der Aufschwung in den Wachstumszentren mit dem Abklingen der wirtschaftspolitischen Impulse etwas abschwächen.

Die Konjunktur im Euroraum hat sich im zweiten Halbjahr 2003 aus einer längeren Stagnationsphase gelöst. Ausschlaggebend war die Trendwende bei den Exporten. Trotz des stärkeren Euro profitierte der Außenhandel erheblich vom Aufschwung in Ostasien und in den USA sowie von der kräftigen Expansion in den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern. Der Außenbeitrag nahm zu. Die Binnennachfrage blieb hingegen schwach. Zwar stieg der öffentliche Verbrauch weiterhin kräftig, die privaten Konsumausgaben expandierten im Verlauf des vergangenen Jahres aber kaum noch. Es gibt derzeit keine Anzeichen dafür, dass die Konsumschwäche im Euroraum in naher Zukunft überwunden wird. Auch bei den Investitionen hat noch keine allgemeine Aufwärtsbewegung eingesetzt. Die Erholung der Konjunktur wird in den nächsten Monaten weiterhin von den Exporten getragen. Sie erhalten erhebliche Impulse vom weltweiten Aufschwung, die stärker zu Buche schlagen als die dämpfenden Effekte der Euro-Aufwertung. Dies dürfte auch die Ausrüstungsinvestitionen anregen, sie werden im Laufe dieses Jahres an Schwung gewinnen. Die Beschäftigung wird nur allmählich ausgedehnt, sodass

die Arbeitslosenquote im Prognosezeitraum nur geringfügig sinkt und die Einkommensentwicklung gedrückt bleibt. Die privaten Verbrauchsausgaben werden daher auch in diesem Jahr das Sorgenkind der Konjunktur sein. Erst im kommenden Jahr dürfte sich der private Verbrauch etwas stärker beleben. Gleichzeitig werden die Exporte und die Investitionen im Zuge der Verlangsamung der Weltwirtschaft leicht an Schwung verlieren, stabilisierend wirkt hingegen das Abklingen der dämpfenden Effekte der Euro-Aufwertung. Das Bruttoinlandsprodukt des Euroraums wird in diesem Jahr um 1,6 % und im kommenden Jahr um 2 % zunehmen. In diesem und im nächsten Jahr wird die Inflationsrate mit 1,7 % bzw. 1,8 % mit dem Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB) vereinbar sein.

Ausblick für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft löst sich langsam aus der Stagnation. Seit Herbst vergangenen Jahres nehmen Produktion und Nachfrage wieder zu, wenn auch noch mit sehr niedrigem Tempo; dabei hat sich der Rückgang der Kapazitätsauslastung fortgesetzt, und die Beschäftigung ist weiter gesunken. Maßgeblich für den Produktionsanstieg sind zum einen die Impulse, die – trotz der drastischen Aufwertung des Euro – vom Aufschwung der Weltwirtschaft ausgehen. Zum anderen kamen mit dem Nachlassen der Unsicherheiten nicht zuletzt im Gefolge des Irak-Krieges die Anregungen aus dem expansiven Kurs der Geldpolitik mehr und mehr zum Tragen; sie stärken die Konjunktur auch im übrigen Euroraum. Erste Zeichen einer binnenwirtschaftlichen Erholung zeigen sich in Deutschland bei den Ausrüstungsinvestitionen. Der private Konsum hingegen ist nach wie vor schwach.

Im Prognosezeitraum wird sich die Wirtschaft in Deutschland weiter beleben; allerdings festigt sich die Aufwärtstendenz erst allmählich. Zunächst wirkt die starke Aufwertung des Euro noch nach, mit der Folge, dass die Dynamik der Weltkonjunktur nur gedämpft auf den

¹ Gekürzte Fassung des „Frühjahrgutachtens“ der in der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Hamburg, zusammengeschlossenen Institute, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 8/2004, S. 3 ff.

² Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Export durchschlägt. Sofern die Annahme der Institute zutrifft, dass der US-Dollar gegenüber dem Euro nicht weiter an Wert einbüßt, wird dieses Hindernis im späteren Verlauf des Jahres 2004 an Bedeutung verlieren. Die außenwirtschaftlichen Impulse werden allmählich auf die Ausrüstungsinvestitionen übergreifen; Letztere dürften trotz der Belastungen durch die Finanzpolitik spürbar an Fahrt gewinnen. Stützend wirkt dabei, dass die Geldpolitik ihren expansiven Kurs beibehält und die monetären Rahmenbedingungen günstig bleiben. Dies beeinflusst die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen im Prognosezeitraum positiv.

Eigentlich wären bei dieser Konstellation die Voraussetzungen für einen kräftigen Aufschwung gegeben. Dazu wird es aber voraussichtlich nicht kommen, vor allem weil der private Konsum lahmt. So stehen den in diesem Jahr in Kraft getretenen und für das nächste Jahr beschlossenen Entlastungen der privaten Haushalte bei der Einkommensteuer jeweils etwas stärkere Kürzungen bei Steuervergünstigungen und Transfers sowie die Anhebung administrierter Preise gegenüber. Hinzu kommt, dass sich angesichts der demographischen Entwicklung immer mehr die Notwendigkeit eines verstärkten Sparens für die

Altersvorsorge abzeichnet. Die Sparquote wird daher hoch bleiben. Nach dem Hin und Her um Reformen der sozialen Sicherungssysteme dürften die privaten Haushalte zudem verunsichert sein, zumal in der Renten- und der Krankenversicherung weitere Reformen angekündigt sind und damit weiter offen ist, in welchem Umfang künftig Beitragssätze angehoben und Leistungen gekürzt werden.

Der Produktionsanstieg wird sich daher in diesem Jahr nur allmählich beschleunigen. Im kommenden Jahr wird sich das Expansionstempo nicht weiter erhöhen. Arbeitstägig bereinigt beläuft sich der Zuwachs im Durchschnitt des Jahres 2004 auf 0,9 %, im Jahr 2005 auf 1,7 %. Im laufenden Jahr ist die Zahl der Arbeitstage überdurchschnittlich hoch. Unter Einschluss dieses Effekts ergibt sich in beiden Jahren eine Rate von 1,5 % (vgl. Tab. 1). Während sich die Institute bei der Prognose für dieses und das kommende Jahr einig sind, beurteilen sie die Perspektiven für die Zeit danach unterschiedlich. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass das Potenzialwachstum in Deutschland kontrovers eingeschätzt wird. Die Mehrheit der Institute ist hinsichtlich der mittelfristigen Wachstumsmöglichkeiten skeptisch; von daher erwartet sie keine so starke konjunkturelle Eigendynamik, dass unter den

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003	2004	2005
Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr)	0,8	0,2	- 0,1	1,5	1,5
Westdeutschland ^{b,c}	1,0	0,2	- 0,1	1,5	1,5
Ostdeutschland ^c	0,2	0,1	0,2	1,3	1,5
Erwerbstätige ^d (1.000 Personen)	38.911	38.671	38.246	38.165	38.277
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.852	4.060	4.376	4.332	4.276
Arbeitslosenquote ^e (in %)	9,0	9,5	10,3	10,2	10,1
Verbraucherpreise ^f (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,0	1,4	1,1	1,3	1,2
Lohnstückkosten ^g (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,3	0,7	0,6	- 0,5	- 0,1
Finanzierungssaldo des Staates ^h					
in Mrd. Euro	- 58,8	- 74,3	- 82,1	- 80,2	- 78,6
in % des Bruttoinlandsproduktes	- 2,8	- 3,5	- 3,9	- 3,7	- 3,5
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. Euro)	1,7	45,7	46,8	64,0	67,0
a) in Preisen von 1995 – b) einschließlich Berlin – c) Rechenstand: April 2004 – d) im Inland – e) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept) – f) Verbraucherpreisindex (2000=100) – g) im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen – h) in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG '95).					

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Deutsche Bundesbank, 2004 und 2005: Prognose der Institute.

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	38.681	38.851	38.610	38.189	38.106	38.217
Arbeitnehmer	34.680	34.774	34.520	34.046	33.863	33.920
Selbständige	4.001	4.077	4.090	4.143	4.243	4.297
Pendlersaldo	67	60	61	57	59	60
Erwerbstätige Inland	38.748	38.911	38.671	38.246	38.165	38.277
Arbeitslose ^a	3.889	3.852	4.060	4.376	4.332	4.276
Arbeitslosenquote ^b	9,1	9,0	9,5	10,3	10,2	10,1
Erwerbslose ^c	3.065	3.110	3.396	3.661	3.670	3.590
Erwerbslosenquote ^d	7,3	7,4	8,1	8,7	8,8	8,6
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	86	123	207	195	150	100
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	313	243	193	142	120	100
neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik ^e				59	235	262
berufliche Vollzeitweiterbildung	324	315	300	224	160	150
Westdeutschland ^f						
Erwerbstätige Inländer ^g	30.917	31.144	31.003	30.682	30.639	30.785
Arbeitslose ^a	2.380	2.320	2.498	2.753	2.750	2.702
Arbeitslosenquote ^b	7,1	6,9	7,5	8,2	8,2	8,1
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	59	94	162	160	125	80
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	59	53	42	30	25	20
berufliche Vollzeitweiterbildung	177	169	162	129	95	90
Ostdeutschland ^f						
Erwerbstätige Inländer ^g	7.764	7.707	7.607	7.507	7.467	7.432
Arbeitslose ^a	1.508	1.532	1.563	1.623	1.582	1.574
Arbeitslosenquote ^b	16,3	16,6	17,0	17,8	17,5	17,5
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	27	29	45	35	25	20
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	254	190	150	112	95	80
berufliche Vollzeitweiterbildung	148	146	138	95	65	60

a) Zum 01.01.2005 sollen Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Rahmen von HARTZ IV zusammengelegt werden. Die Einführung der Grundsicherung hat zur Folge, dass sich dann ohne Ausnahme jeder erwerbsfähige Empfänger einer bedürftigkeitsabhängigen Sozialleistung als arbeitssuchend melden muss, um finanzielle Nachteile zu vermeiden. Deshalb ist davon auszugehen, dass die Arbeitslosigkeit zunächst geringfügig steigen wird. Allerdings kann es unter anderem aufgrund einer forcierten Vermittlung zu einem gegenläufigen Effekt kommen. Zusammengenommen könnten sich die beiden Effekte kompensieren – b) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose) – c) Definition der ILO – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose) – e) „Kapital für Arbeit“, „Ich-AG“, Personal-Service-Agenturen, Sonderprogramm für Langzeitarbeitslose, „Jump plus“ – f) Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer einschl. Berlin – g) Schätzung der Institute auf Basis der Länderergebnisse der Erwerbstätigenrechnung von Februar/März 2004

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; 2004 und 2005: Prognose der Institute.

gegebenen Rahmenbedingungen ein Aufschwung mit Raten deutlich über 1,5 % über einen längeren Zeitraum hinweg erreicht wird. Hingegen halten das DIW und das IWH³ dies für wahrscheinlich, auch weil sie die Unterauslastung derzeit größer einschätzen als die Mehrheit.

Mit der Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion werden sich die Beschäftigungsperspektiven zwar etwas aufhellen (vgl. Tab. 2). Angesichts der nur verhaltenen konjunkturellen Expansion ist eine durchgreifende Besserung der Lage am Arbeitsmarkt aber noch nicht in Sicht. Immerhin dürfte sich in der zweiten Hälfte dieses Jahres allmählich eine leichte Aufwärtstendenz bei der Zahl der Erwerbstätigen einstellen. Gestützt wird die Beschäftigung weiterhin von der Arbeitsmarktpolitik (Umsetzung des Hartz-Konzepts). Zu Neueinstellungen wird es vorerst vorwiegend bei Mini-Jobs und bei Teilzeitkräften kommen. Die Zahl der Ich-AGs nimmt im Jahresdurchschnitt zwar noch weiter zu; im Verlauf des Jahres wird sie aber deutlich weniger stark steigen als 2003, denn die Zahl derer, die aufgeben und wieder in die Arbeitslosigkeit zurückfallen, wird sich erhöhen. Im Jahresergebnis 2004 wird die Erwerbstätigenzahl nochmals um 80.000 zurückgehen. Im Jahre 2005 dürfte sich dann erstmals seit drei Jahren wieder ein leichter Anstieg ergeben.

Nachdem die Zahl der registrierten Arbeitslosen seit Mitte des vergangenen Jahres vor allem als Folge einer Statistikbereinigung tendenziell gesunken ist⁴, dürfte ihre Entwicklung im Prognosezeitraum wieder stärker von der Konjunktur bestimmt werden. Der hier erwartete Rückgang der Arbeitslosigkeit wird allerdings deutlich hinter dem Anstieg der Beschäftigung zurückbleiben, da in konjunkturellen Erholungsphasen erfahrungsgemäß Personen aus der „Stillen Reserve“ vermehrt Arbeitsplätze nachfragen. Überdies nimmt das Angebot an Arbeitskräften wieder zu. Alles in allem wird die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2004 um 44.000 niedriger als im Vorjahr sein, dies aber allein wegen der „Herausrechnung“ der Teilnehmer an Trainingsmaßnahmen u. ä. Nach der herkömmlichen statistischen Abgrenzung ergäbe sich ein Anstieg um 40.000. Für das Jahr 2005 ist ein Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 56.000 zu erwarten; die möglichen Auswirkungen der geplanten Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf die Zahl der Arbeitslosen sind dabei nicht berücksichtigt.

Exkurs: Ostdeutschland

Die anhaltende Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Aktivität prägte auch die ostdeutsche Wirtschaft. Die Produktion stieg in den vergangenen beiden Jahren nur

geringfügig (vgl. Tab. 1). Im verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich die Wertschöpfung allerdings deutlich, während sie in Westdeutschland zurückging. Im Verlauf dieses Jahres wird die anziehende Konjunktur auch auf die neuen Bundesländer übergreifen. Wegen der vorrangigen Ausrichtung auf die Inlandsmärkte gehen vom weltweiten Aufschwung direkt zwar nur vergleichsweise geringe Anregungen für die ostdeutsche Wirtschaft aus, indirekt profitiert sie gleichwohl über die Zulieferbeziehungen zu westdeutschen Exporteuren davon. Mit dem Anziehen der Nachfrage von Investoren und Verbrauchern in Deutschland wird sich auch im Ostteil die gesamtwirtschaftliche Expansion im späteren Verlauf dieses Jahres und im kommenden Jahr kräftigen. Das Plus im verarbeitenden Gewerbe wird gesamtwirtschaftlich erneut teilweise kompensiert durch die anhaltende Schrumpfung der Bautätigkeit. Allerdings werden die Vorzieheffekte infolge der gekürzten Eigenheimzulage im Prognosezeitraum den Rückgang mildern. Die Dienstleistungen werden vor allem infolge der Konsumflaute und des Bevölkerungsrückgangs nur schwach expandieren, zumal die notwendige Rückführung des nach wie vor zu großen Staatssektors die Wertschöpfung in diesem Bereich dämpft. Insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Aktivität in Ostdeutschland in diesem Jahr mit 1,3 % etwas langsamer als in Westdeutschland ausgeweitet. Im Zuge der Belebung der Inlandsnachfrage in Deutschland dürfte das Wachstumstempo in Ostdeutschland mit dem im Westen gleichziehen.

Da der Produktionsanstieg weit unter der Beschäftigungsschwelle bleibt, wird die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland erneut sinken (vgl. Tab. 2). Zwar dürfte 2004 die Zahl der Arbeitslosen um 41.000 Personen niedriger ausfallen als im Vorjahr. Das ist jedoch größtenteils auf die Bereinigung der Arbeitslosenstatistik zurückzuführen. Auch für das Jahr 2005 ist keine Trendwende am ostdeutschen Arbeitsmarkt zu erwarten. Die Erwerbstätigkeit wird nochmals abnehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird trotzdem zurückgehen, insbesondere weil sich das Arbeitskräftepotenzial weiter verringert. Die Arbeitslosenquote verharrt bei 17,5 % der inländischen Erwerbspersonen.

³ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW) und Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle (Saale) (IWH).

⁴ So führten verstärkte Aktivierungsanstrengungen der Bundesagentur für Arbeit dazu, dass viele Arbeitslose – insbesondere solche, die keine Leistungen bezogen – aufgrund mangelnder Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt oder fehlender Eigeninitiative bei der Beschäftigungssuche aus der Statistik gestrichen wurden oder aufgrund der verschärften Anforderungen erst einmal auf eine weitere Registrierung verzichteten. Zudem wurden Vorschriften geändert, um die durch das Sozialrecht induzierte Arbeitslosigkeit zu verringern. Seit Januar dieses Jahres werden zudem die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos gezählt, was für sich genommen einen Rückgang der Zahl der registrierten Arbeitslosen bedeutet (Januar 2004: 81.000).

Die wirtschaftlichen Aussichten lassen in diesem und im kommenden Jahr keine Rückkehr Ostdeutschlands auf einen Aufholpfad erwarten. Bei der Pro-Kopf-Produktion wird zwar der Abstand zum Westen wieder etwas geringer (vgl. Tab. 3), aber nicht wegen einer stärkeren Produktionszunahme, sondern aufgrund der weiterhin divergierenden Bevölkerungsentwicklung. Während die Einwoh-

nerzahl im Osten infolge geringer Geburtenzahlen und der Abwanderung sinkt, erhöht sie sich im Westen. Auch die Produktivitätslücke bleibt groß. Der Osten holt zwar – statistisch gesehen – auf, aber vorrangig wegen des stärkeren Rückgangs von Beschäftigung und geleisteter Arbeitszeit. Aufgrund der längeren tariflichen Arbeitszeit im Osten ist der Abstand gegenüber dem Westen bei

Tabelle 3: Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Westdeutschland = 100													
Bruttoinlandsprodukt													
nominal je Einwohner ^a	33,4	41,2	50,8	57,2	59,6	61,7	62,2	61,5	62,4	61,8	62,1	62,8	63,9
Bauinvestitionen													
nominal je Einwohner ^b	70,2	103,1	131,0	164,1	175,8	180,8	172,8	153,2	137,0	120,5	108,1	101,7	100,4
darunter													
Wohnbauten ^b	45,8	61,7	81,1	110,0	131,2	143,2	140,6	121,4	106,9	90,8	77,3	70,7	69,2
Nichtwohnbauten ^b	97,0	151,4	195,0	241,7	240,5	237,9	223,2	205,2	186,2	169,3	157,1	151,3	150,9
Investitionen in neue Ausrüst./sonst. Anlagen													
nominal je Einwohner ^b	59,6	69,0	89,0	100,5	103,7	102,3	92,7	90,6	88,3	85,0	83,3	85,1	—
Arbeitnehmerentgelt je													
Arbeitnehmer ^a	49,3	61,9	69,2	72,6	75,2	75,8	76,1	76,3	77,1	77,3	77,2	77,2	77,4
Arbeitsstd. der Arb.nehm. ^a	—	—	—	—	—	—	—	68,8	70,3	70,8	70,8	71,6	—
Arbeitsproduktivität je													
Erwerbstätigen ^{a,c}	34,9	48,3	59,5	64,2	65,0	67,0	68,0	67,7	68,7	69,7	70,7	71,5	72,5
Arbeitsstd. der Erw.tät. ^{a,c}	—	—	—	—	—	—	—	62,4	63,9	65,1	66,0	67,3	—
Lohnstückkosten ^{a,d}													
Basis Personen	141,1	128,3	116,3	113,2	115,7	113,1	111,8	112,6	112,2	110,8	109,2	108,0	106,8
Basis Stunden	—	—	—	—	—	—	—	110,2	110,0	108,8	107,2	106,4	—
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr													
Bevölkerung ^a													
Ostdeutschland	—	-1,3	-0,7	-0,6	-0,4	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5	-0,6	-0,8	-0,9	-0,8
Westdeutschland	—	1,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4	0,2
Erwerbstätige (Inland) ^a													
Ostdeutschland	—	-12,4	-2,5	2,4	1,9	-0,7	-1,2	0,2	0,5	-0,9	-1,4	-1,7	-1,6
Westdeutschland	—	0,8	-1,1	-0,6	-0,1	-0,2	0,0	1,3	1,3	2,3	0,8	-0,4	-1,0
Arbeitsvolumen ^a													
Ostdeutschland	—	—	—	—	—	—	—	—	-0,8	-2,3	-2,4	-2,7	—
Westdeutschland	—	—	—	—	—	—	—	—	0,8	1,3	-0,2	-0,8	—

a) Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin – b) Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer und Ostberlin, für Westdeutschland: früheres Bundesgebiet – c) Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen bzw. je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen – d) im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bzw. je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen bzw. je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen

Quellen: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; ifo Institut; Berechnungen der Institute.

der Produktivität, aber auch beim Arbeitsentgelt auf Stundenbasis größer als auf Basis der Personenzahl.

Zur Wirtschaftspolitik

Die **Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank hat die konjunkturelle Erholung im Euroraum und auch in Deutschland durch niedrige Zinsen gefördert. Wenn nun auch weltweit offenbar eine Zinswende bevorsteht, ist es richtig, dass die EZB die Zinsen beibehält, solange die wirtschaftliche Erholung im Euroraum so moderat verläuft wie sowohl von den Instituten als auch von der Notenbank prognostiziert.

Die **Finanzpolitik** steht vor der Aufgabe, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Die Lage der öffentlichen Finanzen in Deutschland bleibt angespannt, das Budgetdefizit hoch. Nach der Prognose der Institute wird es sowohl in diesem Jahr als auch 2005 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt rund 3,5 % betragen. Damit wird die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Obergrenze im kommenden Jahr zum vierten Mal in Folge überschritten. Während die Institute hinsichtlich der Notwendigkeit der Konsolidierung prinzipiell übereinstimmen, kommen sie zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen über das konkrete Vorgehen. Die Mehrheit der Institute hält es für erforderlich, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt eingehalten wird. Sie plädiert dafür, den Anstieg der Staatsausgaben enger zu begrenzen, Steuerergünstigungen weiter abzubauen und so sicher zu stellen, dass das Defizit schon im kommenden Jahr unter die 3-Prozent-Marke gesenkt wird. Der Budgetausgleich kann nicht auf unbestimmte Zeit oder auch nur auf die Jahre nach 2007 verschoben werden. Denn dann würde man bei einer möglichen Konjunkturschwäche von einem zu hohen Defizit starten; ferner müsste man, um die 3-Prozent-Marke bei der Defizitquote nicht zu überschreiten, möglicherweise hinnehmen, dass die automatischen Stabilisatoren nicht voll wirken können.⁵

Der **Arbeitsmarktpolitik** der Bundesregierung geht alles in allem in die richtige Richtung. Die in Angriff genommene Arbeitsmarktreform auf der Grundlage des Hartz-Konzepts könnte dazu beitragen, die Effizienz der Arbeitsvermittlung und die Intensität der Arbeitssuche zu erhöhen sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit zu verringern. Auch könnte die Neuregelung der Mini-Jobs helfen, Arbeitsplätze aus der Schattenwirtschaft auf den regulären Arbeitsmarkt zurückzuverlagern. Allerdings gibt es nicht unerhebliche Mitnahme- und Verdrängungseffekte. Schwerer wiegt aber noch, dass die ergriffenen Maßnahmen nur wenig dazu geeignet sind, wesentliche Determi-

nanten von Höhe und Struktur der Arbeitslosigkeit wie die zu geringe Wachstumsdynamik, eine hohe Regulierungsdichte am Arbeitsmarkt, Qualifikationsmängel beim Arbeitsangebot und eine immer noch relativ geringe Lohnspreizung, zu beseitigen. Viele der Arbeitsmarktreformen dürften zwar das Produktionspotenzial steigern. Sie werden aber ihre volle Wirkung erst in einem Aufschwung entfalten, wenn das Potenzial mehr und mehr ausgeschöpft ist.

Die **Osterweiterung der EU** hat vielfach Befürchtungen hervorgerufen, dass deutsche Unternehmen hierdurch in noch stärkerem Maße als bisher Teile ihrer Wertschöpfungskette und damit Arbeitsplätze ins Ausland verlagern könnten. Ob durch das wachsende unternehmerische Engagement in Osteuropa per saldo Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen, lässt sich nur nach Abwägung verschiedener Faktoren sagen. Zwar wurden einerseits Arbeitsplätze durch Produktionsverlagerungen abgebaut, andererseits verbesserten kostengünstigere Vorprodukte aus dem Ausland die Wettbewerbsfähigkeit und führten über höhere Exporte zu mehr Arbeitsplätzen. Hinzu kommt, dass ausländische Investoren wesentlich zum Wachstum in den osteuropäischen Ländern beigetragen haben, was ebenfalls zu höheren deutschen Ausfuhren führte. Die positiven Effekte scheinen in Deutschland zu überwiegen. Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf besteht allerdings in zweierlei Hinsicht: Zum einen gilt es, Verlagerungen zu vermeiden, die allein Reflex einer falschen Rahmensetzung in Deutschland sind. Dies gelingt am Besten dadurch, dass man die Wachstumsbedingungen hierzulande nachhaltig verbessert. Zum anderen sind internationale Verlagerungen mit Anpassungen in der Wirtschaftsstruktur verbunden, deren Folgen es abzumildern gilt. Eine zurückhaltende Lohnentwicklung in den betroffenen Bereichen kann dabei durchaus helfen, den Strukturwandel zeitlich zu strecken und Härten zu vermeiden, wenn dies auch nur eine defensive Reaktion sein kann.

Die **Aufbaupolitik Ostdeutschland** wird angesichts der anhaltenden Stockung im Aufholprozess sowie der hohen Abgaben zur Finanzierung der Aufbauleistungen gegen-

⁵ Das DIW Berlin und das IWH halten das von der Mehrheit geforderte zusätzliche Sparpaket zur Einhaltung der Defizitzusagen für nicht angemessen. Gerade weil die deutsche Wirtschaft im Euroraum derzeit besonders unter der konjunkturellen Schwäche leidet und die Geldpolitik nur auf die Entwicklung im Euroraum insgesamt reagieren kann, ist eine adäquate finanzpolitische Reaktion von großer Bedeutung. Aus diesem Grund schlagen die beiden Institute vor, die Konsolidierung mittelfristig durch einen verbindlichen Ausgabenpfad voranzutreiben und die Einnahmen im Rhythmus der Konjunktur schwanken zu lassen. Auf diese Weise würde in der gegenwärtigen Schwäche ein zu restriktiver Kurs vermieden. Umgekehrt wird bei einer stärkeren Belebung der Konjunktur in der Zukunft der Konsolidierungskurs gleichsam automatisch verschärft.

wärtig kontrovers diskutiert. Im Wesentlichen geht es darum, die knappen öffentlichen Mittel dort einzusetzen, wo der größte gesamtwirtschaftliche Wachstumserfolg erzielt werden kann. Zum Teil wird deshalb gefordert, die Aufbaupolitik auf jene Regionen und Wirtschaftszweige zu konzentrieren, in denen die Wachstumspotenziale hoch sind. Diese herauszufinden, ist jedoch für den Staat schwierig und auch nicht seine Aufgabe. Vielmehr liegt

dies in der Verantwortung der Unternehmen. Insofern sollte sich die Politik darauf konzentrieren, die Rahmenbedingungen für Unternehmen attraktiv zu gestalten und so die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Wenn der Staat dennoch im Osten selektiv vorgehen wollte, könnte er seine Politik auf Wachstumskerne ausrichten.

Unternehmensgründungen in Deutschland – bürokratische Spießbrutenläufe?

Claudia Kriehn¹

Einer aktuellen Studie der Weltbank zufolge dauert die Gründung einer GmbH in Deutschland 45 Tage und damit elfmal so lange wie beim europäischen Spitzenreiter Dänemark (vgl. WELTBANK (2004)). In diesem Beitrag werden die Methode und ausgewählte Ergebnisse der Studie vorgestellt. Anschließend wird der Frage nachgegangen, ob das schlechte Abschneiden Deutschlands die tatsächlichen Verhältnisse hierzulande adäquat widerspiegelt.

Die Weltbank-Studie zur Markteintrittsregulierung

Die Weltbank bildete für 133 Länder für das Jahr 2003 Indikatoren, durch die das Ausmaß der Regulierung des Markteintritts erfasst wurde. Hierzu gehörten die Anzahl der Stellen, die während einer Unternehmensgründung angelaufen werden mussten, die Dauer eines Gründungsprozesses in Tagen und die offiziell zu zahlenden Gebühren. Die Indikatoren wurden von DJANKOV et al. (2002) entwickelt und erstmals für das Jahr 1999 für 85 Länder ermittelt.

Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse wurde sichergestellt, indem für jedes Land einheitlich die Gründung einer GmbH in der Stadt mit der höchsten Einwohnerzahl betrachtet wurde. Es wurde von fünf inländischen Unternehmenseignern, einem Startkapital in Höhe des Zehnfachen des nationalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro Kopf und maximal 50 Beschäftigten ausgegangen. Das Unternehmen sollte in einem Bereich tätig werden, in dem keine Sondergenehmigungen erforderlich waren, der keinen Außenhandel umfasste und nicht unter eine spezielle Steuergesetzgebung fiel.

Zwischen den betrachteten Ländern gab es sowohl bezüglich der Dauer als auch der Kosten von Unternehmensgründungen erhebliche Unterschiede. Während in Australien und Kanada die Registrierung bequem online in zwei Schritten und zwei bis drei Tagen abgeschlossen werden konnte, mussten Gründer in Weißrussland insgesamt 19 Prozeduren hinter sich bringen, die zusammen 118 Tage in Anspruch nahmen. In der Demokratischen Republik Kongo bedurfte es zwar nur 13 Behördengängen, das Verfahren nahm aber mit 215 Tagen weltweit am meisten Zeit in Anspruch. In Dänemark mussten keine Gebühren im Verlauf des Gründungsprozesses ge-

zahlt werden; in Sierra Leone wurden Gründungswillige hingegen durch Gebühren in Höhe des dreizehnfachen BIP pro Kopf abgeschreckt. Abbildung 1 bietet einen Überblick über die Länder, in denen die Unternehmensgründungen am einfachsten und schwierigsten waren.

Tendenziell wurde festgestellt, dass der Markteintritt umso stärker reguliert war, je niedriger das Pro-Kopf-Einkommen eines Landes war. Ebenfalls ließen sich Unterschiede zwischen den Weltregionen ausmachen. Gemessen an der Zahl der Prozeduren und der Dauer wurde in Lateinamerika am stärksten reguliert, gefolgt von Afrika und dem Mittleren Osten. Die Gebühren waren im Mittleren Osten und in Nordafrika mit Abstand am höchsten.² Im weltweiten Vergleich wurde in den OECD-Ländern der Markteintritt durchschnittlich am wenigsten reguliert. Mit insgesamt neun Behördengängen, einer Gründungsdauer von 45 Tagen und Gebühren in Höhe von 5,9 % des nationalen BIP pro Kopf zählte auch Deutschland weltweit zu den Ländern mit einer vergleichsweise gering ausgeprägten Markteintrittsregulierung, belegte innerhalb der OECD aber nur einen der hinteren Plätze.

Es kann auch nicht geleugnet werden, dass Deutschland im europäischen Vergleich relativ schlecht abschnitt, wie die Unterschiede in der Dauer von Unternehmensgründungen verdeutlichen (vgl. Abb. 2). Deutschland nahm unter den 27 von der Weltbank betrachteten europäischen Ländern³ nur den 20. Platz ein und lag weit hinter dem Spitzenreiter Dänemark zurück. Vergleicht man die aktuellen Ergebnisse mit denjenigen von 1999, liegt hier offensichtlich kein Paradebeispiel einer erfolgreichen Entbürokratisierung in Deutschland vor.⁴ Anders sieht es hingegen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten Polen, Litauen und Lettland aus. Hier trugen entsprechende Reformen offenbar Früchte. Besonders eindrucksvoll entwickelte

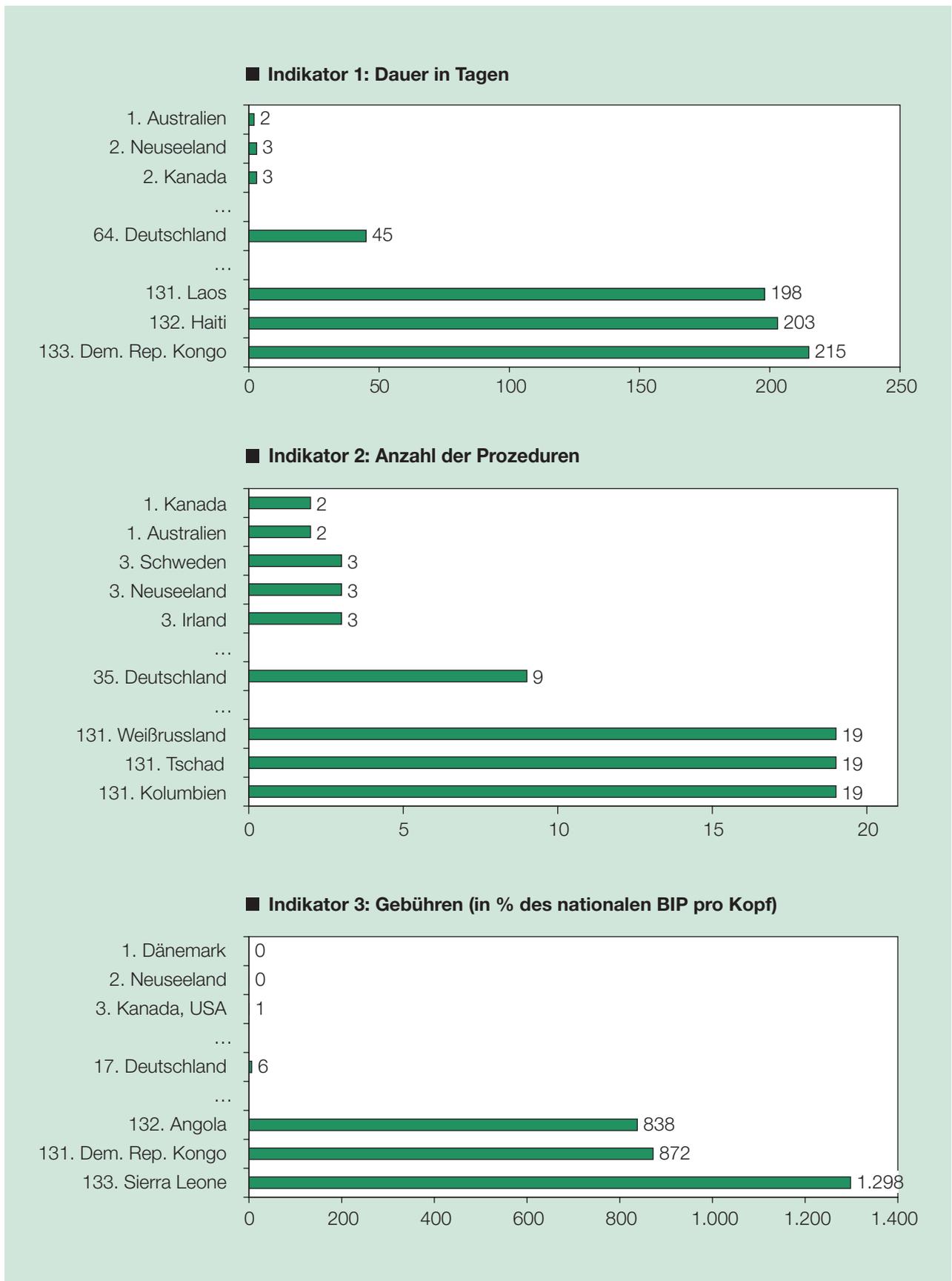
¹ Claudia Kriehn ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der ifo Niederlassung Dresden tätig.

² Ermittelt wurden ausschließlich die offiziell zu zahlenden Gebühren, z. B. für Registrierungen oder Beglaubigungen. DE SOTO (1989, S. 17) weist darauf hin, dass Gründungswillige zumindest in Entwicklungsländern in der Regel kaum umhin kommen, zusätzlich Bestechungsgelder zu zahlen.

³ Für Estland, Island, Kroatien, Liechtenstein, Malta und Zypern wurden keine Daten erhoben.

⁴ Der Vergleich der Ergebnisse für 1999 und 2003 ist allerdings bezogen auf Deutschland problematisch, da DJANKOV et al. (2002) abweichend von allen anderen Ländern in Deutschland 1999 nicht die größte Stadt sondern Frankfurt betrachteten, während in der aktuellen Weltbankstudie von einer Unternehmensgründung in Berlin ausgegangen wurde.

Abbildung 1: Die einfachsten und schwierigsten Unternehmensgründungen



Quelle: Weltbank (2004, S.118–120), Darstellung des ifo Instituts.

sich der Beitrittskandidat Rumänien: Die Gründungsdauer konnte innerhalb von vier Jahren von 97 Tagen auf 27 Tage reduziert werden, womit sich das am stärksten regulierende europäische Land des Jahres 1999 inzwischen deutlich vor Deutschland platzieren konnte.

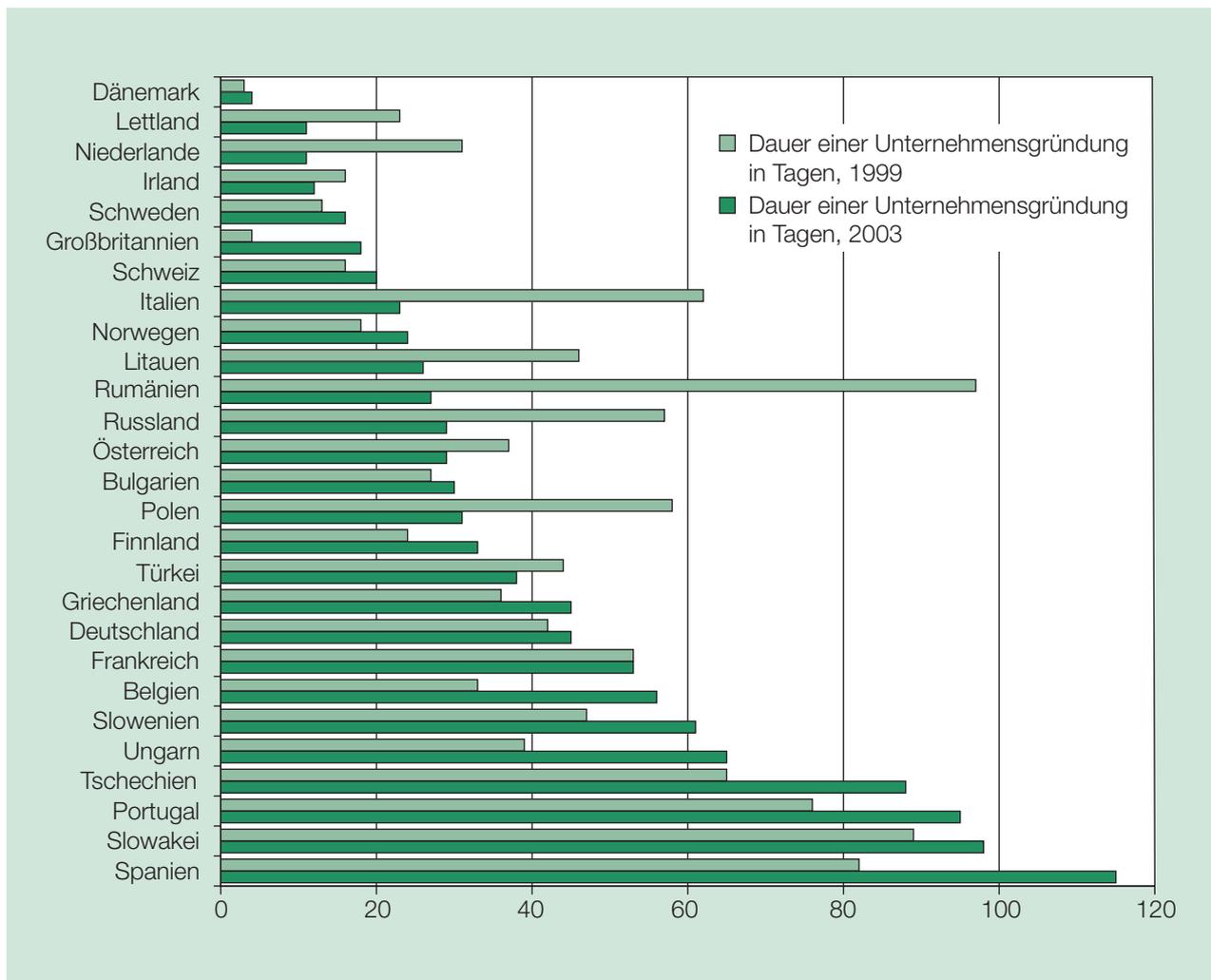
Das Beispiel Berlin: Typisch für Deutschland?

In der Weltbank-Studie wurde jeweils die Gründung einer GmbH in der Stadt mit der höchsten Einwohnerzahl betrachtet, d. h. für Deutschland wurden die Daten für eine Unternehmensgründung in Berlin erhoben. Zu klären ist, ob damit jeweils ein für das Land typischer Ablauf eines Gründungsprozesses betrachtet wurde. Vielleicht liegt das schlechte Abschneiden Deutschlands darin begründet, dass in Berlin der Markteintritt in stärkerem Ausmaß reguliert ist als in den meisten übrigen deutschen Städten, wohingegen in anderen Ländern Städte betrachtet

wurden, in denen es Unternehmensgründer im Inlandsvergleich besonders einfach hatten.

DJANKOV et al. (2002, S. 7–8) weisen bereits darauf hin, dass es zwischen den Regionen innerhalb eines Landes erhebliche Unterschiede beim Ablauf eines Unternehmensgründungsprozesses geben kann. Die kürzlich erschienene Studie zur Unternehmerfreundlichkeit der 25 größten deutschen Kommunen, die von der Bertelsmann-Stiftung, der RWE Energie AG und dem Unternehmermagazin „impulse“ in Auftrag gegeben wurde, berechtigt zu der Hoffnung, dass Unternehmensgründungen andernorts einfacher durchzuführen sind als in Berlin (vgl. INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH (2004)). Aus Sicht der befragten mittelständischen Unternehmen sind nicht die Metropolen sondern die mittelgroßen Städte am unternehmerfreundlichsten, allen voran die Stadt Leipzig. Berlin belegte in der Gesamtwertung den letzten Platz. Die Wahl der größten Stadt als Vergleichsmaßstab ist somit hinterfragbar.

Abbildung 2: Dauer von Unternehmensgründungsprozessen in Europa



Quellen: Djankov et al. (2002), Weltbank (2004), Darstellung des ifo Instituts.

Deutschland hätte sicherlich besser abgeschnitten, wären Kommunen ausgewählt worden, die in so genannten One-Stop-Agencies alle Serviceleistungen für Gründer aus einer Hand anbieten. Diese wesentliche Vereinfachung des Gründungsprozesses findet zum Beispiel in Heidelberg und Köln statt.

Um ein aussagekräftigeres Bild zu erhalten, wäre eine Bestimmung der Weltbank-Indikatoren für eine größere Anzahl von Städten in jedem Land wünschenswert.

Fazit

Die Untersuchung der Weltbank ergab, dass im Jahr 2003 der Markteintritt in Deutschland stärker reguliert war als in den meisten anderen europäischen Ländern. Zu bezweifeln ist allerdings, dass in allen deutschen Städten in dem von der Weltbank festgestellten Ausmaß reguliert wird, da lediglich eine Unternehmensgründung in der größten Stadt eines jeden Landes betrachtet wurde.

Unabhängig davon, welchen Platz Deutschland bei einer eigentlich erforderlichen, eine größere Anzahl von Städten umfassenden Studie belegen würde, ist eine weitere Entbürokratisierung von Unternehmensgründungen in vielen Städten sicherlich angebracht. Einfache Möglichkeiten sind die Schaffung einer One-Stop-Agency oder das Online-Angebot der entsprechenden Dienste, wie es in Europa bereits in Österreich, Dänemark, Ungarn und Lettland üblich ist (vgl. WELTBANK (2004, S. 25)).

Literatur

DE SOTO, H. (1989): *The Other Path*, New York.

DJANKOV, S.; LA PORTA, R.; LOPEZ DE SILANES, F.; SHLEIFER, A. (2002): *The Regulation of Entry*, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 117, No. 1, S. 1–37.

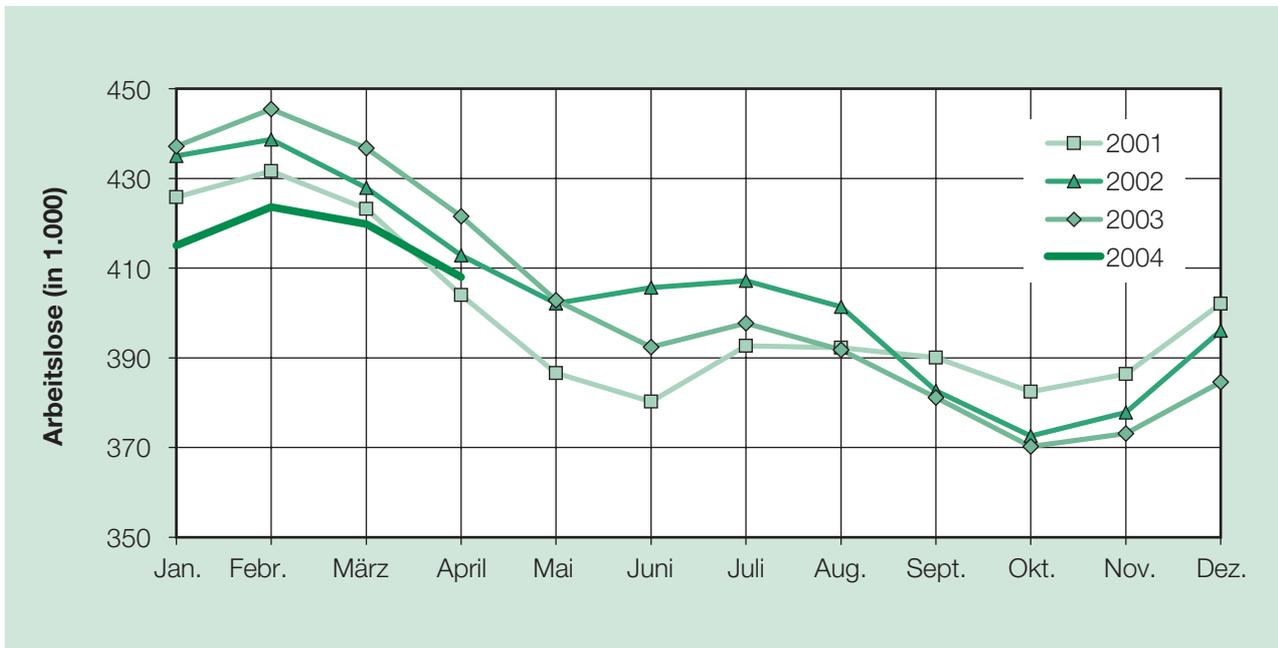
INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH (2004): *Unternehmerfreundliche Großstadt. Bericht über eine Telefonumfrage unter mittelständischen Unternehmern in den 25 größten Städten Deutschlands*, Allensbach.

WELTBANK (2004): *Doing Business in 2004. Understanding Regulation*, Washington.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

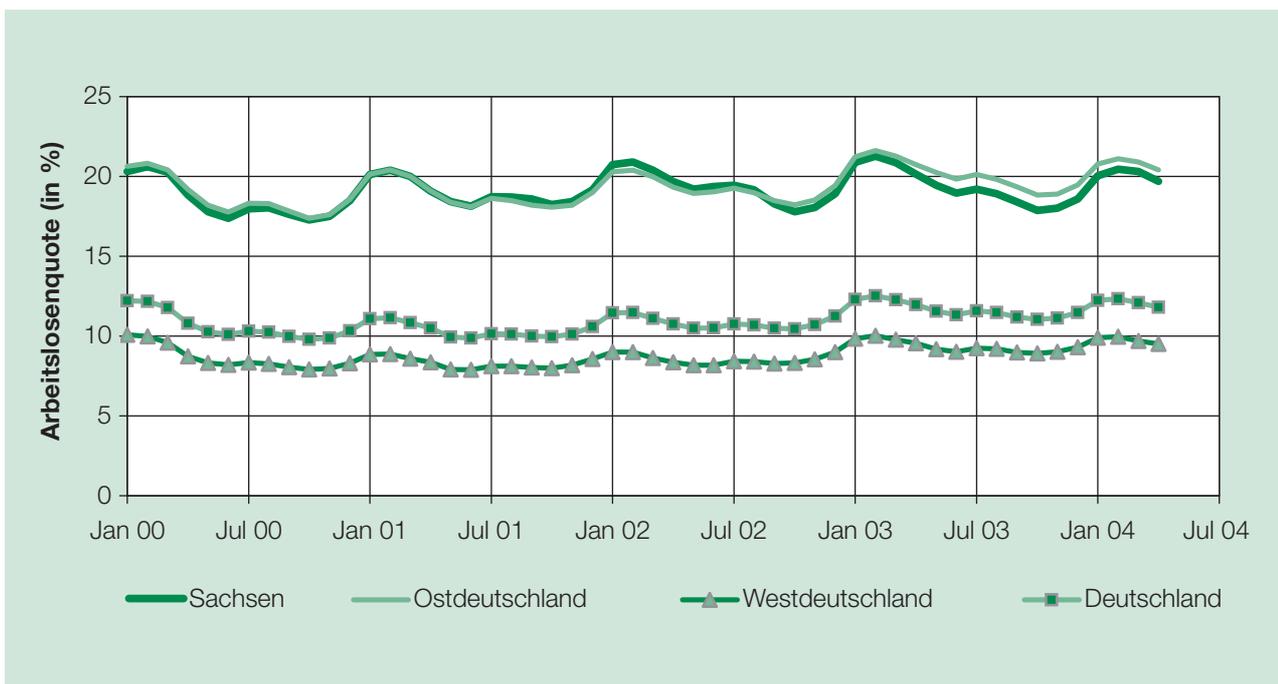
Beate Grundig¹

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2000 bis 2004)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Arbeitslosenquoten in Sachsen, in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (2000 bis 2004)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

¹ Beate Grundig ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der ifo Niederlassung Dresden tätig.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			Gemeldete Stellen am Monatsende ^b			Beschäftigte in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ^c		
	Februar 2003	Vor-monat	Vor-jahres-monat	April 2003	Vor-monat	Vor-jahres-monat	April 2003	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	703	711	723	11	10	10	23	27	31
Mecklenburg-Vorp.	502	507	511	7	7	9	16	22	23
Sachsen	1.342	1.352	1.373	12	11	19	42	43	56
Sachsen-Anhalt	734	738	756	7	7	11	23	25	37
Thüringen	714	718	732	8	7	12	23	23	33
D Ost	5.039	5.076	5.174	51	49	69	151	162	210
D West	21.278	21.351	21.766	274	275	350	283	298	385
D gesamt	26.316	26.427	26.940	324	324	419	434	460	595

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Februar 2003	Vor-monat	Vor-jahres-monat	April 2003	Vor-monat	Vor-jahres-monat	April 2003	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	257	263	262	20,8	21,3	21,0	42,8	41,5	40,2
Mecklenburg-Vorp.	185	192	189	22,2	23,1	22,3	40,5	39,1	37,5
Sachsen	408	420	422	19,7	20,3	20,1	42,3	40,7	41,6
Sachsen-Anhalt	267	272	278	21,9	22,3	22,4	42,3	41,1	41,1
Thüringen	213	221	217	18,4	19,1	18,6	38,8	37,1	36,4
D Ost	1.639	1.676	1.684	20,4	20,9	20,7	40,8	39,6	39,0
D West	2.805	2.871	2.811	9,5	9,7	9,5	31,8	30,4	29,4
D gesamt	4.443	4.547	4.495	11,8	12,1	12,0	35,1	33,8	33,0

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht – b) Als gemeldete Stellen gelten den Arbeitsämtern zur Besetzung gemeldete Arbeitsplätze mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen – c) Dazu zählt der Bestand an Kurzarbeitern, an geförderten Arbeitnehmern in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und an Teilnehmern in beruflicher Weiterbildung – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet waren.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

Gerit Vogt¹

Im Rahmen des ifo Konjunkturtestes werden monatlich Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, des Bauhauptgewerbes, des Großhandels und des Einzelhandels nach der gegenwärtigen und der zukünftigen Geschäftslage befragt. Die Unternehmen können ihre gegenwärtige Geschäftslage mit „gut“, „befriedigend“ oder „schlecht“ und ihre Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate mit „günstiger“, „gleich bleibend“ oder „ungünstiger“ bewerten.

Die dargestellten Grafiken basieren auf saisonbereinigten Saldenwerten. Der Geschäftslage-Saldo ergibt sich aus der Differenz der Prozentanteile der „gut“- und der „schlecht“-Meldungen. Der Geschäftserwartungen-Saldo wird als Differenz der Prozentanteile von „günstiger“- und „ungünstiger“-Meldungen berechnet.

Das Geschäftsklima (GK) ist ein Mittelwert aus den Salden der Geschäftslage (GL) und der Erwartungen (GE).

Es berechnet sich formal aus der Beziehung:

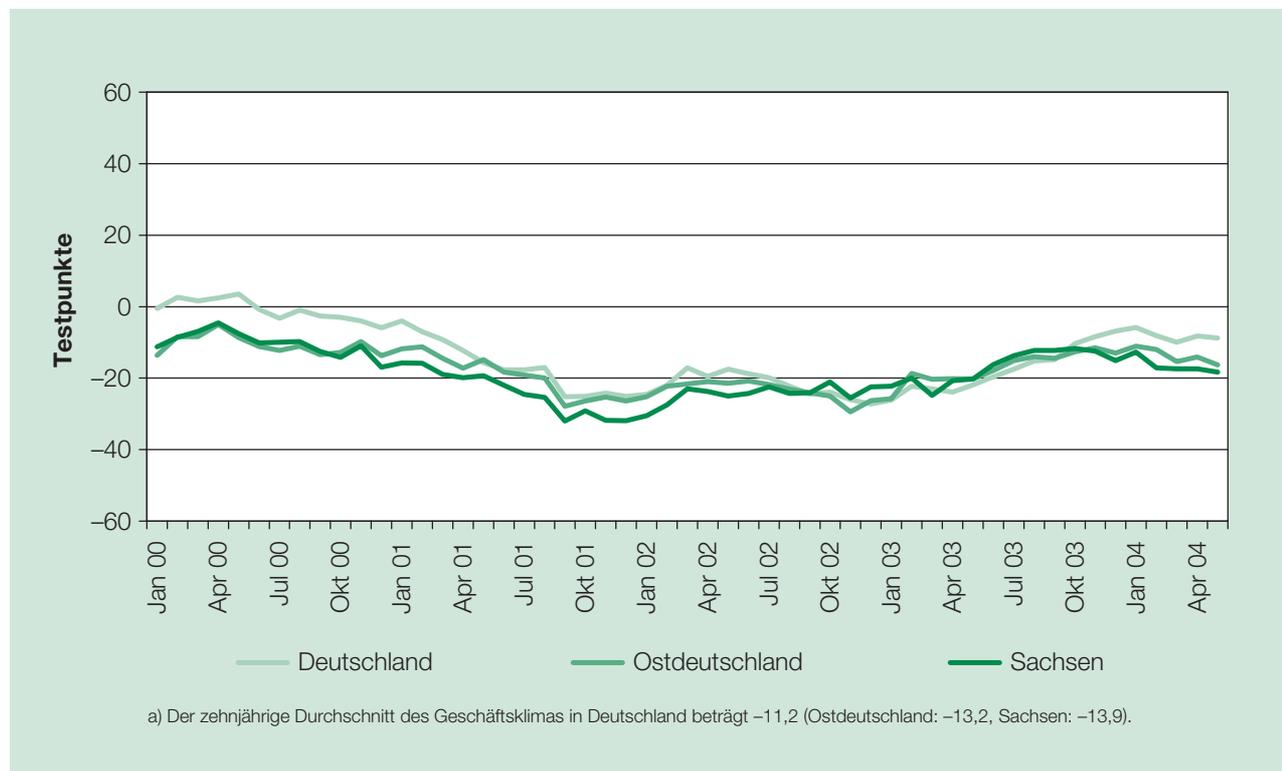
$$GK = [(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200.$$

Die beiden Variablen GL und GE werden zur Vermeidung von negativen Werten im Wurzelterm jeweils um die Konstante 200 erhöht.

Am ifo Konjunkturtest nehmen insgesamt ca. 7.000 Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft teil, rund 1.600 in Ostdeutschland und 600 in Sachsen. In Zukunft werden weitere Details aus dem ostdeutschen Konjunkturtest auf den Internetseiten der ifo Niederlassung Dresden veröffentlicht.

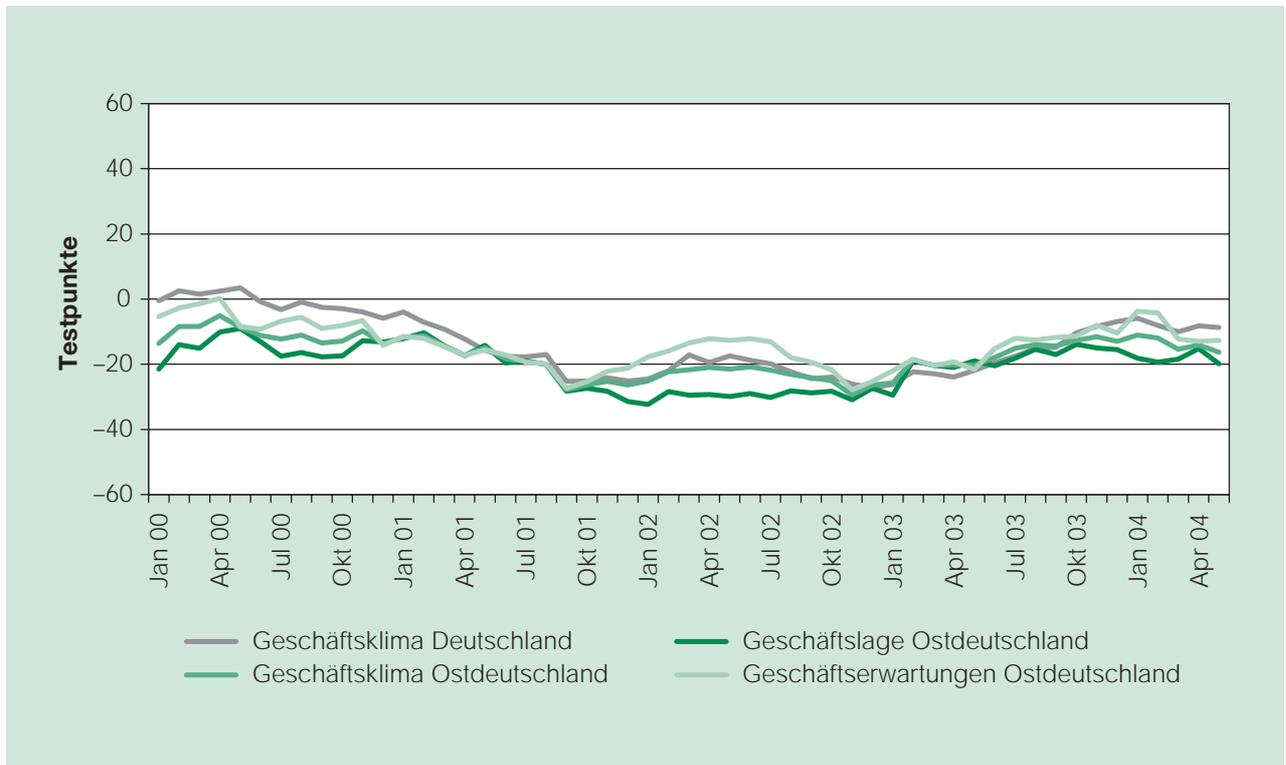
¹ Gerit Vogt ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden tätig.

Abbildung 1: Geschäftsklima^a
Gewerbliche Wirtschaft Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen



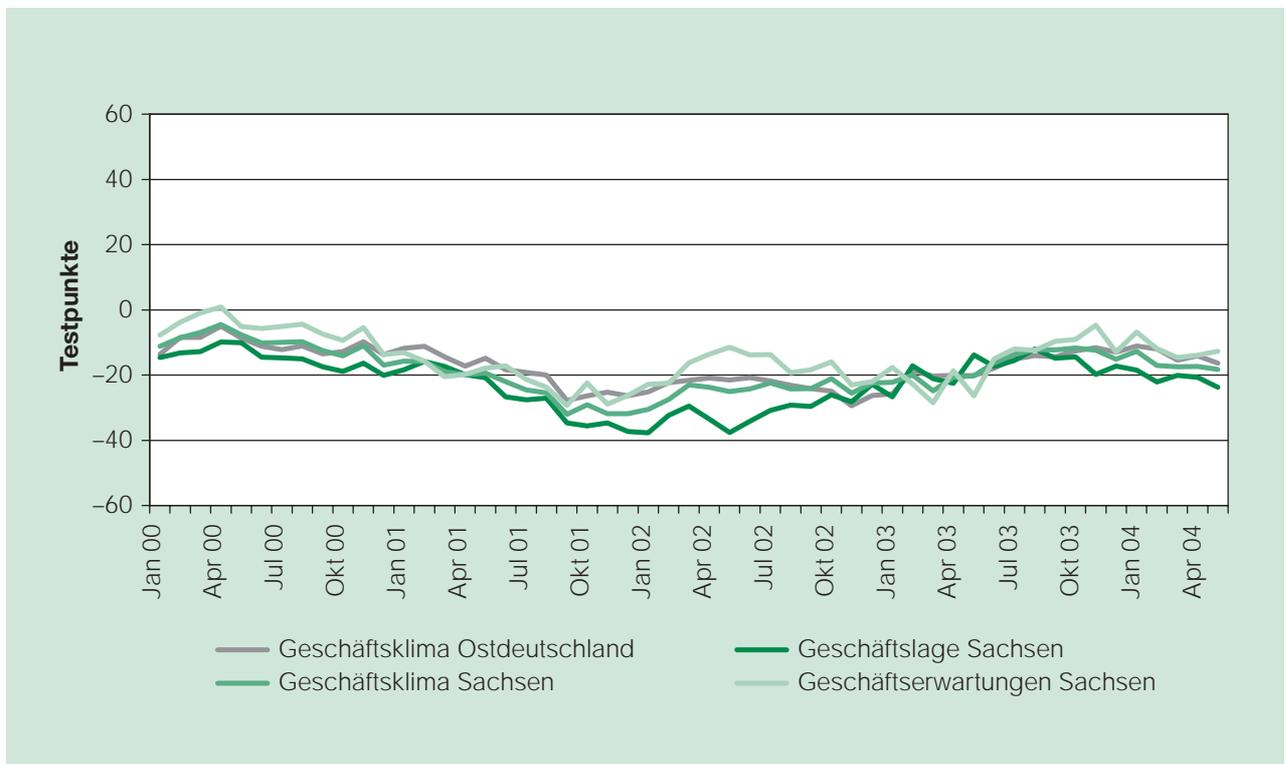
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Deutschland zum Vergleich)**



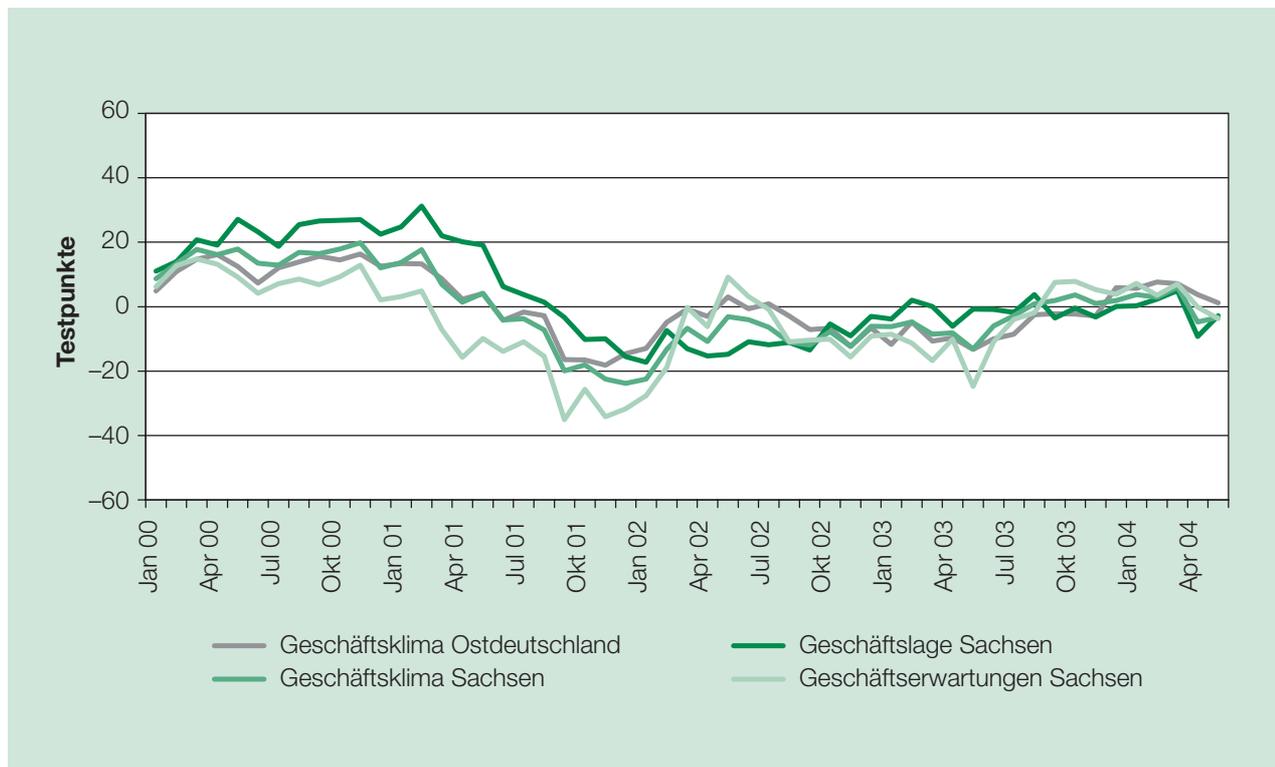
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 3: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Gewerbliche Wirtschaft Sachsen (Geschäftsklima gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschland zum Vergleich)**



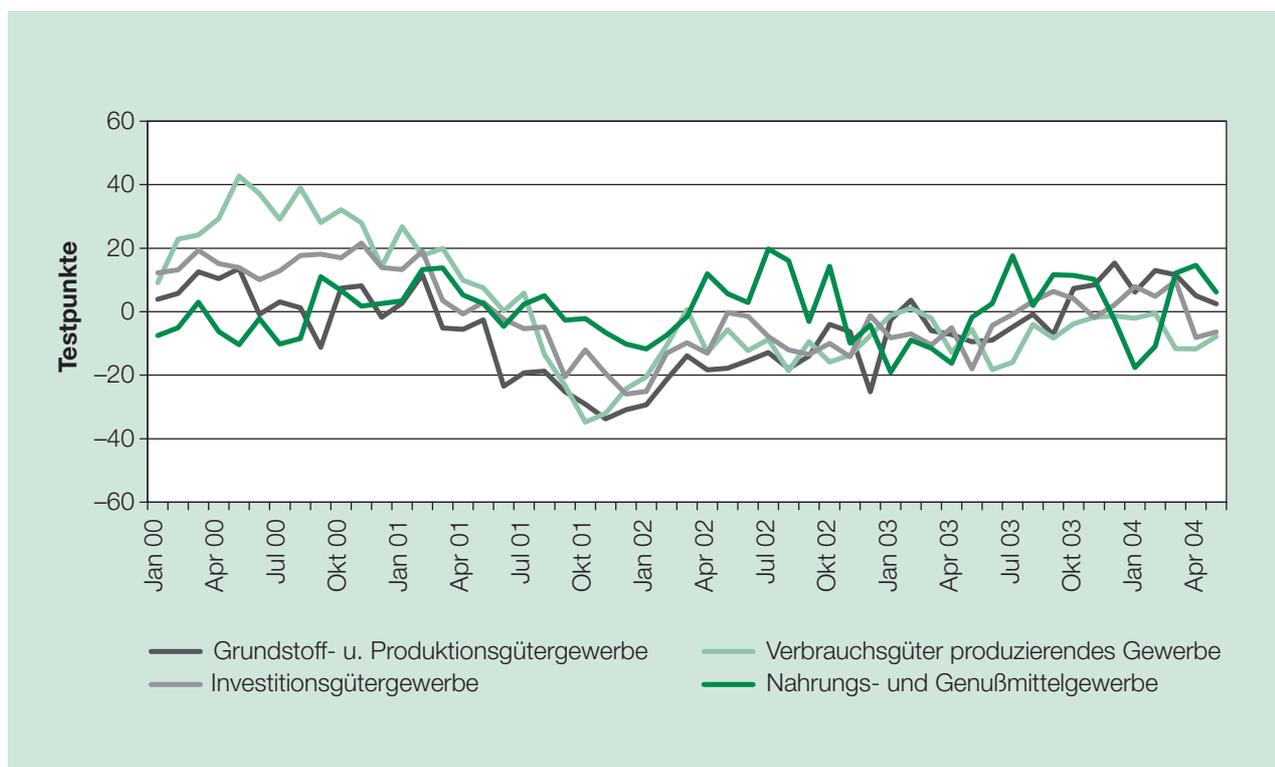
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen
Verarbeitendes Gewerbe Sachsen (Geschäftsklima verarbeitendes Gewerbe Ostdeutschland zum Vergleich)**



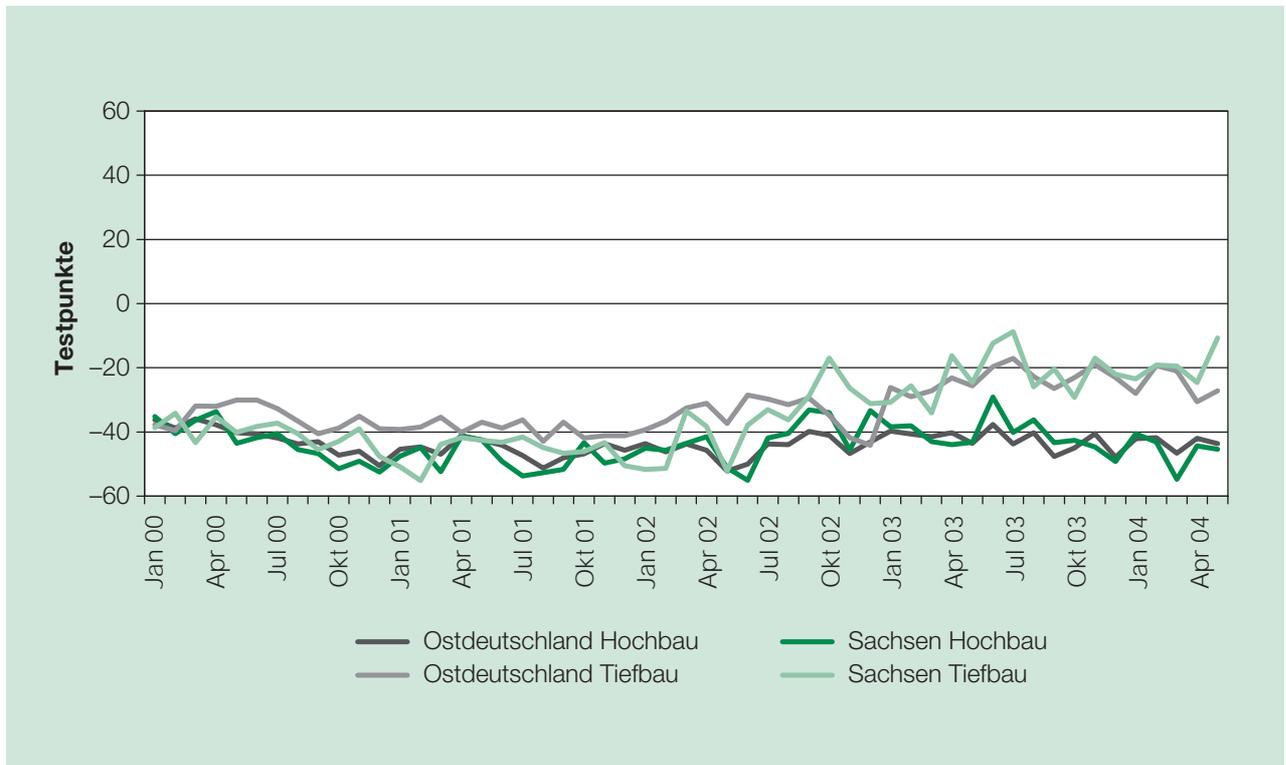
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 5: Geschäftsklima
Branchen des verarbeitenden Gewerbes Sachsen**



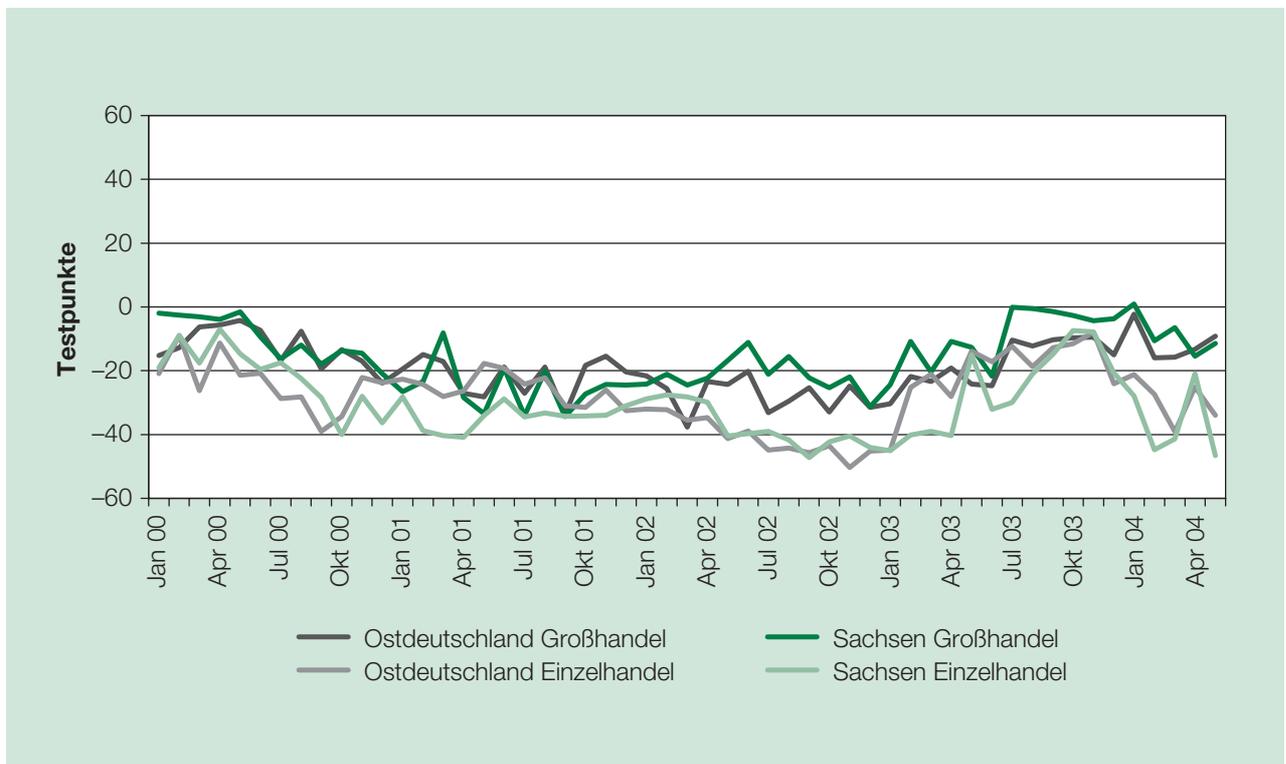
Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 6: Geschäftsklima
Hoch- und Tiefbau Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 7: Geschäftsklima
Groß- und Einzelhandel Ostdeutschland und Sachsen**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

ifo Veranstaltungen

Der ifo Arbeitskreis „**Konjunkturbeobachtung Sachsen**“ tagte am **27. April 2004** in der ifo Niederlassung Dresden. Grundlage der Diskussion bildete wieder das „Frühjahrgutachten“ der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute. In den Vorträgen wurden die Entwicklung der sächsischen Wirtschaft im Jahr 2003 analysiert, sowie eine Prognose zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und des Arbeitsmarktes für Sachsen im Jahr 2004 gegeben. An dieser Veranstaltung nahmen geladene Vertreter der Landesregierung, des Landesarbeitsamtes, des Statistischen Landesamtes und Repräsentanten der Wirtschaftsverbände sowie Wissenschaftler des ifo Instituts teil.

In der Reihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** sprach am **28. April 2004** Herr Hartmut Vorjohann, Finanzbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden. Sein Vortrag ging der Frage nach: „Was hat die haushaltspolitische Strategie der Landeshauptstadt Dresden mit der aktuellen Diskussion um den Aufschwung Ost zu tun?“. Er erläuterte an konkreten Beispielen aus der Stadt Dresden die allgemeine Lage der Kommunalfinanzen in Ostdeutschland und stellte sich anschließend der Diskussion.

Am **06. Mai 2004** richtete die ifo Niederlassung Dresden im Rahmen des Gutachtens „Öffentliche Infrastruktur und kommunale Finanzen“, welches ifo Dresden zurzeit

gemeinsam mit Prof. Dr. Helmut Seitz (TU Dresden) im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), erarbeitet, einen **Workshop** aus. An der Veranstaltung, die in den Räumen des Bundesministeriums für Verkehr, Bauwesen und Wohnungsbau in Berlin stattfand, nahmen Vertreter der Bundesministerien und Wirtschaftswissenschaftler verschiedener Forschungsinstitute und Universitäten teil.

Ebenfalls im Rahmen der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** hielt Professor Richard Arnott vom Boston College am **10. Mai 2004** einen Vortrag zum Thema „Rent Control (Mietpreisbindung)“. Richard Arnott, ausgewiesener Wissenschaftler zu Fragen der Wohnungs- und Verkehrswirtschaft, ging auf die politisch brisante Frage ein, welche Auswirkungen gesetzliche Regelungen haben, die den Vermieter während eines bestehenden Mietverhältnisses an den einst festgelegten Mietpreis binden.

Ein weiteres Referat der **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** wird am **07. Juli 2004** von Herrn Prof. Dr. Peter Zweifel bestritten. Herr Prof. Zweifel spricht zum Thema „Effiziente Krankenhäuser. Ein Vergleich sächsischer und schweizerischer Krankenhäuser“. Wie immer sind die Veranstaltungen dieser Vortragsreihe öffentlich und finden in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden in der Einsteinstraße 3 statt (Beginn: 18.30 Uhr). Interessierte Zuhörer sind herzlich eingeladen.

ifo Vorträge

Herr Heinz Schmalholz, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden, sprach am **01. 04. 2004** auf der Unternehmertagung der GET Managementservice über „Regionale Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt“. Er stellte dabei wesentliche Ergebnisse des Gutachtens „Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeit in Sachsen“ vor, welches ifo Dresden im Frühjahr 2004 vorgelegt hat. Die Veranstaltung fand im Schloss Eckberg in Dresden statt.

Ein weiteres Referat über die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Sachsen hielt Heinz Schmalholz am **06. 04. 2004** bei der von der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig veranstalteten Tagung „Die EU-Osterweiterung kommt – mein Unternehmen ist nicht betroffen! – Oder doch?“.

Professor Marcel Thum, Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, hielt am **21. 04. 2004** auf dem Demographiegipfel der Sächsischen Staatsregierung einen Vortrag zum Thema „Analyse und Strategien zum Bevölkerungsrückgang auf dem Arbeitsmarkt“. Die Tagung zum „Demographischen Wandel in Sachsen“ wurde von der Sächsischen Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung in Dresden ausgerichtet. Insgesamt über 100 Teilnehmer, darunter namhafte Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Presse diskutierten über aktuelle Entwicklungen und künftig zu erwartende Folgen des demographischen Wandels in Deutschland und speziell im Freistaat Sachsen.

Im Rahmen eines wirtschaftswissenschaftlichen Kolloquiums hielt Professor Marcel Thum am **20. 05. 2004**

einen Vortrag zum Thema „EU-Enlargement – Challenges for Germany's New Länder“ an der Universität Breslau.

Erneut über die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Wirtschaft in Sachsen referierte Heinz Schmalholz am **27.05.2004** beim Unternehmerforum des Mittelstandsinstitut Sachsen e.V. Die Veranstaltung zur EU-Osterweiterung stand unter dem Motto „Nachbar Tschechien – Marktpotenzial oder Konkurrenz?“ und fand in Waldenburg statt.

Herr Dr. Michael Berlemann, stellvertretender Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, referierte auf der Tagung der deutschen Automobilzulieferer-Initiativen am

28.05.2004 in Dresden zum Thema „Die Wettbewerbsposition der sächsischen und der ostdeutschen Industrie vor dem Hintergrund der EU-Osterweiterung und des demographischen Wandels“.

Weiterhin hielt Herr Dr. Berlemann im Rahmen der Ringvorlesung „Geld regiert die Welt“ am **08.06.2004** im Kathedralforum Dresden einen Vortrag mit dem Titel „Ist der Geldwert stabil? Inflation: Ursachen, Folgen und öffentliche Wahrnehmung“.

ifo Veröffentlichungen

ifo dresden studie 36: Demographische Entwicklung im Freistaat Sachsen – Analyse und Strategien zum Bevölkerungsrückgang auf dem Arbeitsmarkt. Marcel Thum, Marcus Dittrich, Wolfgang Gerstenberger, Beate Grundig, Gunther Markwardt, Carsten Pohl, Heinz Schmalholz, 120 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen, München/Dresden 2004. ISBN 3-88512-430-0, 12,50 € , zzgl. Versandkosten.

In den nächsten zwanzig Jahren wird der demographische Wandel auch den Freistaat Sachsen erfassen. Die Bevölkerung wird um über 15% zurückgehen und das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt um sechs Jahre auf 49 Jahre. Die Ursachen für den dramatischen Wandel sind in der Abwanderung aus Sachsen, bei den niedrigen Geburtenziffern und bei der ständig steigenden Lebenserwartung zu finden. Dieser umfassende demographische Wandel wird auch Auswirkungen auf den sächsischen Arbeitsmarkt haben. Das Arbeitsangebot wird durch die schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter insgesamt zurückgehen, möglicherweise wirkt sich der demographische Wandel aber auch auf die Arbeitsnachfrage aus, wenn z. B. innovative Unternehmen wegen des drohenden Nachwuchsmangels Standortnachteile befürchten müssen.

Angesichts der Umwälzungen durch den demographischen Wandel ist es Aufgabe der Politik, Gefahren für den Standort Sachsen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu identifizieren. Ziel der Untersuchung ist die Identifikation möglicher Handlungs-

felder, in denen die sächsische Landespolitik dem langfristigen Verlust an Humankapital gegensteuern kann.

Die Studie geht in zwei Schritten vor: Im ersten Teil werden die Konsequenzen des Bevölkerungswandels auf den Arbeitsmarkt in Sachsen aufgezeigt. Für diesen Zweck wird ein Referenzszenario des sächsischen Arbeitsmarktes bis 2020 entwickelt. Es zeigt sich, dass sich die Arbeitsmärkte je nach Qualifikation der Arbeitskräfte sehr unterschiedlich entwickeln. Ohne Gegenmaßnahmen können hoch qualifizierte Arbeitskräfte schon in wenigen Jahren zum knappen Faktor werden, der die Wachstumschancen im Freistaat restringiert. Für die gering qualifizierten Arbeitskräfte ist durch den demographischen Wandel jedoch auch auf lange Sicht keine Entspannung zu erkennen.

Der zweite Teil der Studie nimmt die Beschäftigtenlücke bei qualifizierten Arbeitskräften zum Ausgangspunkt und entwickelt mögliche Gegenstrategien und Anpassungsmaßnahmen für die Landespolitik. Die Studie identifiziert drei Felder, auf denen die Landesregierung aktiv werden kann und soll: Zuwanderung, Erwerbsbeteiligung und Humankapitalbildung. Die Untersuchung quantifiziert auch – so weit möglich – die einzelnen Politikmaßnahmen.

Durch eine Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte könnte ein Teil des Fachkräftemangels in Sachsen gedeckt werden. Die erwarteten Zuwanderungen Hochqualifizierter aus den neuen EU-Ländern werden jedoch nicht ausreichen, die Lücke völlig zu schließen.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen bietet in Sachsen noch Luft für weitere qualifizierte Beschäftigungsverhältnisse. Um speziell die Erwerbsbeteiligung qualifizierter Frauen zu steigern, kommt es weniger auf eine höhere Subvention als vielmehr auf eine Flexibilisierung bei der Kinderbetreuung an. Auch die Jahres- und Lebensarbeitszeit von Beschäftigten in Sachsen bietet noch Spielräume für eine Aktivierung zusätzlicher Beschäftigung. Eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote lässt quantitativ nur einen geringen Effekt erwarten, wohingegen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit einen signifikanten Beitrag zur Erhöhung des hoch qualifizierten Erwerbspotenzials leisten könnte.

Für die Humankapitalbildung spielt neben der Unterstützung für lebenslanges Lernen und Weiterqualifikation, wo die Politik eher appellativen Charakter einnimmt, insbesondere die Bildungspolitik eine entscheidende Rolle, um Sachsen strategische Standortvorteile zu sichern. Bei Unternehmensgründungen und innovativen Aktivitäten ist die Nähe zu Forschungszentren ein entscheidender Faktor. Wissensspillovers aus der Forschung und ein

attraktives Arbeitsangebot durch qualifizierte Absolventen schaffen an forschungsintensiven Universitätsstandorten die Voraussetzungen für die Ansiedlung unternehmerischer Aktivitäten.

Während die Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik und die Aktivierung von Erwerbspotenzial kurz- und mittelfristig Wirkung zeigen, ist die Bildung von neuem Humankapital als eher langfristige Strategie angelegt. Zusammen können diese Antwortstrategien helfen, die Ausstattung Sachsens mit der knappen Ressource Humankapital langfristig zu sichern. Ein innovativer Standort mit hoch qualifizierten Arbeitskräften schafft auch Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten, die auch durch den demographischen Wandel nicht wesentlich abgebaut wird, ist allerdings eine tief greifende Reform des Niedriglohnssektors unumgänglich.

Diese Publikation kann in der ifo Niederlassung Dresden bei Frau Katrin Eitner bestellt werden (Tel. (03 51) 2 64 76 -12, Fax (03 51) 2 64 76 -20 oder per e-Mail eitner@ifo.de).

Demographische Entwicklung im Freistaat Sachsen – Analyse und Strategien zum Bevölkerungsrückgang auf dem Arbeitsmarkt.

*Marcel Thum, Marcus Dittrich,
Wolfgang Gerstenberger, Beate Grundig,
Gunther Markwardt, Carsten Pohl,
Heinz Schmalholz*

**120 S., zahlreiche Abbildungen und Tabellen,
München/Dresden 2004.
ISBN 3-88512-430-0
12,50 € zzgl. Versandkosten.**

In den nächsten zwanzig Jahren wird der demographische Wandel auch den Freistaat Sachsen erfassen. Die Bevölkerung wird um über 15 % zurückgehen und das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt um sechs Jahre auf 49 Jahre. Die Ursachen für den dramatischen Wandel sind in der Abwanderung aus Sachsen, bei den niedrigen Geburtenziffern und bei der ständig steigenden Lebenserwartung zu finden. Dieser umfassende demographische Wandel wird auch Auswirkungen auf den sächsischen Arbeitsmarkt haben. Das Arbeitsangebot wird durch die schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter insgesamt zurückgehen, möglicherweise wirkt sich der demographische Wandel aber auch auf die Arbeitsnachfrage aus, wenn z. B. innovative Unternehmen wegen des drohenden Nachwuchsmangels Standortnachteile befürchten müssen.

Angesichts der Umwälzungen durch den demographischen Wandel ist es Aufgabe der Politik, Gefahren für den Standort Sachsen rechtzeitig zu erkennen und geeignete Steuerungsmaßnahmen zu identifizieren. Ziel der Untersuchung ist die Identifikation möglicher Handlungsfelder, in denen die sächsische Landespolitik dem langfristigen Verlust an Humankapital gegensteuern kann.

Die Studie geht in zwei Schritten vor: Im ersten Teil werden die Konsequenzen des Bevölkerungswandels auf den Arbeitsmarkt in Sachsen aufgezeigt. Für diesen Zweck wird ein Referenzszenario des sächsischen Arbeitsmarktes bis 2020 entwickelt. Es zeigt sich, dass sich die Arbeitsmärkte je nach Qualifikation der Arbeitskräfte sehr unterschiedlich entwickeln. Ohne Gegenmaßnahmen können hoch qualifizierte Arbeitskräfte schon in wenigen Jahren zum knappen Faktor werden, der die Wachstumschancen im Freistaat restringiert. Für die gering qualifizierten Arbeitskräfte ist durch den demographischen Wandel jedoch auch auf lange Sicht keine Entspannung zu erkennen.

Der zweite Teil der Studie nimmt die Nachwuchslücke bei qualifizierten Arbeitskräften zum Ausgangspunkt und entwickelt mögliche Gegenstrategien und Anpassungsmaßnahmen für die Landespolitik. Die Studie identifiziert drei Felder, auf denen die Landesregierung aktiv werden kann und soll: Zuwanderung, Erwerbsbeteiligung und Humankapitalbildung. Die Untersuchung quantifiziert auch – so weit möglich – die einzelnen Politikmaßnahmen.

Während die Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik und die Aktivierung von Erwerbspotenzial kurz- und mittelfristig Wirkung zeigen, ist die Bildung von neuem Humankapital als eher langfristige Strategie angelegt. Zusammen können diese Antwortstrategien helfen, die Ausstattung Sachsens mit der knappen Ressource Humankapital langfristig zu sichern. Ein innovativer Standort mit hoch qualifizierten Arbeitskräften schafft auch Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit bei Geringqualifizierten, die auch durch den demographischen Wandel nicht wesentlich abgebaut wird, ist allerdings eine tief greifende Reform des Niedriglohnssektors unumgänglich.

Diese Publikation kann bestellt werden
in der ifo Niederlassung Dresden
bei Frau Katrin Eitner,
Tel.: (03 51) 2 64 76 -12,
Fax: (03 51) 2 64 76 -20,
Mail: eitner@ifo.de.